

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in
Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter- und Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

XXIII. Jahrgang

Berlin, den 29. August 1919

Nummer 35

Zum Verbandstag in Nürnberg

In dieser Zeit des Reisens und des Wachens
Ihr seid, Freunde, froh begrüßt zu junger Zeit
Zum Orte Dürers, in die Stadt Hans Sachsens
Ruft Bruderwille Euch zu ernstem Rat.
Führt ihre Mahnung, die um Euch geschrieben:
Ihr wandelt hier auf tiefgeprägter Spur
Ewigler Wahrheit: Großes ringt sich nur
Empor aus Herzen, die die Arbeit lieben.

Und alles wahrhaft Große wurzelt tief
In Lust und Leid des Volks, der Nationen,
Daraus die Zeit es auf zum Lichte rief:
Selbst Licht zu sein den schaffenden Millionen.
Und führt den Einen seines Geistes Kunst
Und eigne Schöpferkraft zu hohen Zielen —
Ein Gleichnis ist's. Es strebt die Kraft der Vielen
Mühselig auf wie er aus Wahn und Dunst.

Die Ihr den Vielen dient: wie langsam schlüpfen
Euch einst des Werdens Zeiger. Wie gebannt
Stand oft die Zeit, und allzu zögernd wichen
Des Wahn's, der Torheit Reibel aus dem Land,
Bis furchtbar alle Menschlichkeit geschändet
Und Völker sanken hin in Brand und Blut,
Bis in der Herzen und der Hirne Blut
Sich sah das Schicksal einer Welt gewendet.

Da fürzte, was Jahrhunderte wie Gott
Aus Wollenwille sandte das Entsetzen.
Getrönter Hochmut ward zum Kinderpoth,
Und in den Staub rief es die alten Götzen.
Und in den Staub rief es den alten Wahn:
Das Bild der Völker flamme aus den Luniten.
Bis auch der Blinde, Tor und Träumer sah:
Friedliche Arbeit baut die Welt — von unten!

Wie es nun zu uns strömt auf allen Wegen!
Wie nun der Eifer werkesfroh entbrannt!
In allen Köpfen will sich's bauend regen,
Kraft rinnt zu Kraft, und Hand reicht sich an Hand.
Erkenntnis kam wie eine Flut. Marschieren
Bild vorwärts sie, ruft hunderttausendfach:
In Nürnbergs Mauern Ihr, wächst klar und wach
Die Pfade nun, die uns zum Ziele führen!

Die Ihr den Vielen dient: Begeisterung
Ist allen edlen Willens Trieb und Seele.
Formt sie zur Macht! Daß die Bemeisterung
Des spröden Stoffes nicht dem Werke fehle.
Es harri die Zeit des Bildners fester Hand.
Kins Schaffen denn! Und hebt aus den Ruinen
Mit allen, allen, die der Arbeit dienen,
Dem Volk ein neues, schön' res Heimatland.

Graf Preysing

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in
Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Rangestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

XXIII. Jahrgang

Berlin, den 29. August 1919

Nummer 35

Zum Verbandstag in Nürnberg

In dieser Zeit des Reisens und des Wachens
I seid, Freunde, froh begrüßt zu junger Zeit
Zum Orte Dürers, in die Stadt Hans Sachsens
Ruft Bruderwille Euch zu ernstem Rat.
Fühlt ihre Mahnung, die um Euch geschrieben:
Ihr wandelt hier auf tiefgeprägter Spur
Ewiger Wahrheit: Großes ringt sich nur
Empor aus Herzen, die die Arbeit lieben.

Und alles wahrha't Große wurzelt tief
In Lust und Leid des Volkes, der Nationen,
Daraus die Zeit es auf zum Lichte rief:
Selbst Licht zu sein den schaffenden Millionen.
Und führt den Einen seines Geistes Kunst
Und eigne Schöpferkraft zu hohen Zielen —
Ein Gleichnis ist's. Es strebt die Kraft der Vielen
Mühselig auf wie er aus Wahn und Dunst.

Die Ihr den Vielen dient: wie langsam schlichen
Euch einst des Werdens Zeiger. Wie gebannt
Stand oft die Zeit, und allzu zögernd wichen
Des Wahns, der Torheit Nebel aus dem Land,
Die fürchtbar alle Menschlichkeit geschändet
Und Völker sanken hin in Brand und Blut,
Die in der Herzen und der Hirne Blut
Sich sah das Schicksal einer Welt gewendet.

Da stürzte, was Jahrhunderte wie Gott
Aus Wolkenwülffür sandte das Entsehen.
Getrönter Hochmut ward zum Kinderpott,
Und in den Staub rih es die alten Götzen.
Und in den Staub rih es den alten Wahn:
Das Glück der Völker stamme aus den Lunten.
Die auch der Blinde, Tor und Träumer sahn:
Friedliche Arbeit baut die Welt — von unten!

Wie es nun zu uns strömt auf allen Wegen!
Wie nun der Eifer werkstrey entbrannt!
In allen Köpfen will sich's bauend regen,
Kraft rinnt zu Kraft, und Hand reißt sich an Hand.
Erkenntnis kam wie eine Züht. Marschieren
Will vorwärts sie, ruft hunderttausendfach:
In Nürnbergs Mauern Ihr, wöhlt hart und wach
Die Pfade nun, die uns zum Ziele führen!

Die Ihr den Vielen dient: Begeisterung
Ist allen edlen Willens Trieb und Seele.
Formt sie zur Macht! Daß die Bemeisterung
Des spröden Stoffes nicht dem Werke fehle.
Es harrt die Zeit des Bildners fester Hand.
Aus Schaffen denn! Und hebt aus den Ruinen
Mit allen, allen, die der Arbeit dienen,
Dem Volk ein neues, schön' res Heimatland.

Ernst Preussing

Sozialisierungsbestrebungen und Gewerkschaften.



achdem die Arbeiterklasse in Deutschland seit dem 9. November 1918 die politische Macht erfaßt und zur Demokratisierung des Staates wesen ausgeübt hat, erwächst ihr als weitere Aufgabe die Durchführung der wirtschaftlichen Demokratie und schließlich die Sozialisierung der Wirtschaft und der Gesellschaft. Die wirtschaftliche Demokratie ist bereits in der neuen Reichsverfassung angebahnt, die den Arbeitern und Angestellten die Räte als wirtschaftliche Vertretung mit weitgehenden Rechten sichert. Hier ist weiter zu bauen. Ein Betriebsräte-Gesetzesentwurf ist auch schon in der Nationalversammlung vorgelegt, der das Mitbestimmungsrecht der Räte bei Abhängungen und Neueinstellungen neben den sonstigen Rechten der Arbeiterausschüsse enthält. Darüber hinaus erhält der Betriebsausschuss neue Rechte und Pflichten in bezug auf die Förderung der Betriebszwecke. Er hat das Recht der Mitwirkung bei der Einführung neuer Arbeitsmethoden, bei der Steigerung der Betriebsleistungen und bei der Verwaltung von Wohlfahrtsanstalten, und darf bei Unternehmungen, für die ein Aufsichtsrat vorgeschrieben ist, in diese Vertreter mit gleichen Rechten und Pflichten der übrigen Aufsichtsratsmitglieder delegieren. Daraus ergibt sich eine neues Verhältnis der Mitarbeiter, das in sich die Keime zu höheren Formen künftiger Gemeinwirtschaft birgt und zweifellos eine der Vorstufen der Sozialisierung bilden kann. Weiterhin sind gesetzliche Bestimmungen in Vorbereitung über die Schaffung von Bezirksarbeiterräten, sowie eines Reichsarbeiterrates, sowie über die Bildung von Wirtschaftsräten als Gesamtvertretungen der deutschen Volkswirtschaft.

Auch die Gewerkschaften haben seit langem an der Demokratisierung der Wirtschaft gearbeitet. Sie haben durch die kollektiven Arbeitsverträge die Betriebsdemokratie auf der Grundlage der Organisation angebahnt und durch die Zentralarbeitsgemeinschaft der Arbeitnehmer und Arbeitgeberverbände dieses Prinzip auf die gesamte Wirtschaft übertragen. Die Gewerkschaften bleiben aber nicht stehen bei der Einführung der Betriebsdemokratie. Sie haben in den auf ihrem Nürnberger Kongress 1919 beschlossenen Richtlinien das unabweidende Bekenntnis zum Sozialismus niedergelegt und nicht nur erklärt, daß sie in diesem gegenüber der kapitalistischen Wirtschaft die höhere Form der volkswirtschaftlichen Organisation erblicken, sondern auch ihre weitere Mitarbeit zur Verwirklichung des Sozialismus als unentbehrlich bezeichnet. Als wichtige Vorarbeiten für die Sozialisierung erachten sie die Tarifverträge und die Einführung der Betriebsdemokratie mit Hilfe der Betriebsräte. Sie glauben ferner, daß allgemeine, betriebliche Betriebsräte sowie Arbeitervertretungen für größere Bezirke und für das ganze Reich, die mit entsprechend zusammengesetzten Vertretungen der Betriebsleiter in Wirtschaftskommern zusammenwirkend, alle volkswirtschaftlichen Angelegenheiten beraten und als Selbstverwaltungsorgane regeln, wichtige Instrumente für die Sozialisierung von Wirtschaftszweigen werden können. Dies trifft zweifellos zu, sobald einmal für alle Beteiligten in einem Wirtschaftszweig die Zwangslage der Ueberführung des letzteren in die Gemeinwirtschaft gegeben ist. Der Anstoß zur Sozialisierung wird aber in der Regel von außen her durch den politischen Willen der Nation kommen müssen. Die partitische Arbeit ist wohl geeignet zur Selbstverwaltung auf Grund gegebener Machtverhältnisse; sie kann auch schließlich zur Verhandlung über kritische Machtfragen gelangen, sobald die Machtverhältnisse im großen Ganzen entschieden oder zur Entscheidung geklärt sind. Wo die Macht aber noch nicht entschieden hat, da muß die partitische Vertretung die Entscheidung den hierzu berufenen Faktoren überlassen. Das sind die Gewerkschaften in Vorbereitung geschwehlicher Aktionen und die politischen Parteien in der Austragung dieser Kämpfe in den Parlamenten.

Keine Organisation ist besser befähigt, diese große Aufgabe in Angriff zu nehmen, als die deutsche Gewerkschaftsbewegung. Aus kleinen Anfängen herausgewachsen, vereinigt sie heute im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund bereits eine Armee von mehr als 6 Millionen Mitgliedern. Das entspricht etwa der Hälfte aller Arbeiter und Angestellten. Daneben mögen

etwa 1 Million Arbeiter anderen Gewerkschaftsgruppen angehören und 1½ Millionen Privatangeestellte sowie 1 Million Arbeiter und Angestellte der Staatsbetriebe in besonderen Verbänden organisiert sein. Die Gewerkschaften sind heute mehr denn je die wirtschaftliche Vertretung der Arbeiterklasse. Sie können sich in erster Linie auf die industriellen und gewerblichen Berufe, die sie nahezu rektlos erfaßt haben. Im Metallarbeiterverband sind mehr als 1½ Millionen Arbeiter organisiert, im Fabrikarbeiterverband über 500 000, in den Verbänden der Verarbeiter, Eisenbahner und Transportarbeiter über 470 000, im Bauarbeiterverband 368 000, im Textilarbeiterverband 320 000. Aber auch die Landwirtschaft ist in ihre Bewegung hineingezogen. Der Landarbeiterverband ist schon auf mehr als 350 000 Mitglieder angewachsen und im Begriff, Tarifverträge für seine Mitglieder mit den Landwirtschaftsverbänden und -samern abzuschließen. Der Gemeinde- und Staatsarbeiterverband endlich hat ebenfalls ¼ Million Mitglieder organisiert und ist als die gegebene Vertretung der Arbeitnehmer in kommunalen Diensten anerkannt. Und diese Entwicklung ist noch keineswegs abgeschlossen. Das Organisationsbedürfnis erfaßt auch den letzten Arbeiter und Angestellten im stillen Winkel des Reiches und treibt sie in die Reihen ihrer Berufsgenossen. Ohne Organisation geht es nicht mehr. Das ist der tiefe Sinn, den sie aus dem Unglück des Vaterlandes und aus der Revolution begriffen haben.

Wenn diese organisierte Macht sich zielbewußt in den Dienst der Sozialisierung stellt, dann muß es vorwärts gehen, dann gibt es kein Aufhalten und kein Zurück, sondern nur ein Fortschreiten von Etappe zu Etappe. Freilich kann der Sozialismus nicht von heute auf morgen dekretiert und durch Machtspruch erzwungen werden. Zielbewußt sozialisieren heißt mit Verstand und Verantwortung in die wirtschaftliche Entwicklung zugunsten der gemeinwirtschaftlichen Neugestaltung einmarschieren. Sozialisieren kann man nur, wo die Voraussetzungen dafür vorhanden sind; wo sie jetzt noch fehlen, kann man diesen Entwicklungsstadium durch geeignete Organisationen beschleunigen, aber nicht einfach überspringen. Das würde sich bitter rächen. Als Vorbereitungen für die Sozialisierung eines Wirtschaftszweiges gelten harte Betriebskonzentration, Kapitalansammlung und Subjizierung sowie ein gewisser Höhepunkt der Technik, Mechanisierung des Arbeitsprozesses und ähnliche Fortschritte. Aber das sind nicht die entscheidenden Merkmale. Mindestens ebenso wichtig sind die Erfassung der Rohstoffverorgung für den betreffenden Wirtschaftszweig und die Zusammenfassung des Bedarfs für seine Erzeugung. Je mehr ein Beruf für einen lokal begrenzten Bedarf oder für geschlossene, leicht zu organisierte Abnehmergruppen produziert, desto leichter ist seine Ueberführung in die Gemeinwirtschaft und je besser es gelingt, ihn hinsichtlich seiner Rohstoffverorgung gegenüber der Privatwirtschaft sicherzustellen, desto rascher ist seine Sozialisierung möglich. Je mehr aber eine Industrie für einen unbegrenzten Markt arbeitet und desto leichter gar vom Weltmarkt ihre Rohstoffe beziehen muß, desto schwerer ist es natürlich, sie aus diesen Zusammenhängen herauszulösen. Daraus ergibt sich die Schlußfolgerung, daß der Sozialismus am ehesten in den Wirtschaftszweigen zu verwirklichen ist, die für Reich, Staat oder Gemeinden arbeiten oder für einen Bedarf der einheimischen Bevölkerung, der sich leicht durch Reich, Staat oder Gemeinden zusammensetzen läßt. Als solcher kommt neben dem unmittelbaren Bedarf von Reich, Staat und Gemeinden der Bedarf an Wohnung, Kleidung und Nahrung für die minderbemittelten Volksteile in Betracht. Die Sozialisierung würde sich also zunächst auf die Baugewerbe und Ausstattungsgewerbe sowie auf die verschiedenen Zweige der Bekleidungs- und der Nahrungsmittelindustrie erstrecken. Dazu kommt die Verorgung der Bevölkerung mit Licht, Heizung und Kraft sowie mit Wasser, ferner das Verkehrswesen, das Anschlagswesen, das Kunst- und Apothekenwesen sowie das Bekleidungs- und Ausstattungswesen. Ein Teil dieser Wirtschaftszweige, soweit er für einen lokalen Bedarf arbeitet, würde in Gemeindebetriebe oder in den Betrieb von Gemeindeverbänden zu überführen sein. Wo es sich um die Verorgung größerer Bezirke handelt, kommt der Staatsbetrieb in Frage. Wirtschaftszweige, die Erbschätze oder Kraftquellen erschließen, welche nicht beliebig vermehrt werden können, müssen in jedem Falle dem Reiche vorbehalten bleiben oder können nur mit Zustimmung des Reiches dem Gemeinde- oder Staatsbetrieb überlassen werden, denn Sozialismus ist immer Gemeinwirtschaft und verdrängt kein Monopol kleiner Wirtschaftskörper gegen die Gesamtheit.

Zu Sozialisierung gehört in jedem Falle nicht nur die Erzeugung, sondern alle Wirtschaftsvorgänge bis zur Verteilung an die Verbraucher, also auch der Handel einschließlich der Lagerung, des Transports, des Kredit- und Versicherungswesens. Die Formen der Sozialisierung sind mannigfaltig und müssen nach der Natur der betreffenden Wirtschaftszweige ausgewählt werden. Der eine Wirtschaftszweig etabliert sich besser für gemeindliche, ein anderer für staatliche Regale, ein dritter für Reichsbetrieb, ein vierter für Genossenschaftsbetrieb, ein fünfter für Syndizierung, ein sechster für irgendeinen gemischtwirtschaftlichen Betrieb, ein siebenter für Gemeinschaftskauf von Arbeitgebern, Anstellten und Arbeitern, und ein achter für Bildung eines sozialistischen Wirtschaftskörpers. Entscheidend sind dabei nicht Programme oder Grundzüge, sondern Berücksichtigung der tatsächlichen Verhältnisse, technische Entwicklung, Rohstoffverfügung, Absatz, Organisation und Geschäftsverlauf. Zweifellos aber wird der Gemeinde-, Staats- und Reichsbetrieb eine gewaltige Ausdehnung erfahren. Dazu kommt die Kontrolle der syndizierten, bis auf weiteres der Privatwirtschaft überlassenen Erwerbszweige durch die Wirtschaftsbehörden, denen auch die Vorarbeiten zu weiterer Sozialisierung, die Feststellung und Organisation des Bedarfs, die Bildung neuer Wirtschaftskörper und die Regelung des Verbrauchs obliegt. Die Beziehungen zwischen Gemeinden und Genossenschaften bedürfen besonderer Regelung. Den Genossenschaften werden zweckmäßig die Angelegenheiten der Lebensmittel- und Haushaltsversorgung überlassen, wobei die Genossenschaft an die Stelle der Gemeinde tritt. Diese Entwicklung muß zur öffentlich-rechtlichen Genossenschaft führen, die alle Verbraucher bzw. Haushalte umfaßt. Die Warenzirkulation, soweit sie den totalen Rahmen überschreitet, kann den Genossenschaften der Genossenschaftler, also Treubandgenossenschaften übertragen werden.

Was können die Gewerkschaften zur Förderung der Sozialisierung tun? Für die Gewerkschaften handelt es sich weniger um die Propaganda und um die Initiative, als vielmehr um jene Werke der praktischen Vorbereitungen, die in der Richtung der Erziehung der Arbeiter für den sozialistischen Betrieb liegen. Der Sozialismus stellt große Anforderungen an die Arbeiterkraft, sowohl technischer wie wirtschaftlicher Natur. In technischer Hinsicht ist eine Umschulung der Arbeiter für die Zwecke der Gemeinwirtschaft notwendig. Privatwirtschaft bedeutet Profitwirtschaft, Gemeinwirtschaft dagegen Bedarfswirtschaft. Das Reine und Wohlfeile für den Bedarf zu erzeugen, ist ihre Hauptaufgabe. Sozialismus bedeutet aber gesteigerte Ertragswirtschaft. Der sozialisierte Betrieb muß dem Privatbetrieb weit überlegen sein. Dies erfordert die möglichste Mechanisierung des Arbeitsprozesses, Normalisierung und Typisierung der Operationen, Ausschaltung aller vermeidlichen Ver-

luste an Zeit, Kraft und Stoffen, höchste Maschinen- und Arbeitsleistung, kürzester Weg zwischen Herstellung und Verbrauch. Diese Umgestaltung der Wirtschaftselemente kann nur durch die Mitarbeit der Gewerkschaften erreicht werden. Den Gewerkschaften obliegt es, die von den technischen Verbänden angebotenen und erworbenen Verbesserungen der Arbeitsmethoden in die Betriebspraxis zu überführen. Es bedarf keiner Erläuterung, daß bei dieser Neueinführung ertragsreicher Arbeitsmethoden auf das Wohl der Arbeiter Rücksicht zu nehmen ist.

Vor allem werden sich die Gewerkschaften eine Reform der Lehrlingeerziehung angelehen sein lassen müssen, denn von der Erziehung der Jugend hängt der Sieg des Sozialismus ab. Für jeden Beruf ist der Bedarf an Arbeitskräften zu ermitteln und ihm die benötigte Zahl derselben zuzuführen, wobei die Berufsausschüsse unter Mithilfe der Schule festzustellen und die Berufsbildung unter Mitwirkung der Organisations der Arbeiter und Anstellten vermittelnd einreißt. Die Berufslehre ist unmittelbar auf die besten Arbeitsmethoden einzustellen, um in möglichst kurzer Zeit einen Nachwuchs zu erzielen, der allen Ansprüchen neuzeitlicher Wirtschaft gewachsen ist. Auch die Vorarbeiter und höheren Wirtschaftsteller sind für die Zwecke der Gemeinwirtschaft heranzubilden. In wenigen Jahrzehnten ist eine ganze Generation neu-geschult und für die Sozialisierung erzeuget.

Hand in Hand mit dieser Umschulung und Anpassung der Arbeiterkraft in technischer Beziehung muß die wirtschaftliche Erziehung der Arbeiter und Anstellten zur Selbstverwaltung der Betriebe und der Wirtschaftszweige einhergehen. Erst dann, wenn genügend Kräfte mit all dem Wissen und Können, das die Leitung der Gemeinwirtschaft erfordert, vorhanden sind, können die Unternehmerfunktionen ausgeschaltet werden. Auch in dieser Hinsicht können die Betriebsräte, nützliche Dienste leisten. Befähigte Arbeitnehmervertreter finden dort reichliche Gelegenheit, sich Kenntnisse in der Leitung von Betrieben zu erwerben und dieselben unmittelbar zu vertreten. Wenige Jahrzehnte Praxis der Betriebsräte im Zusammenwirken mit Gewerkschaften, die auf der Höhe ihrer Aufgaben stehen, werden genügen, um die Arbeiter und Anstellten für die gemeinwirtschaftliche Selbstverwaltung zu erziehen.

Während dieser Zeit ist auch die Durchorganisation der Volkswirtschaft, die Syndizierung und Durchnationalisierung soweit vorgeschritten, daß der Übergang zum Sozialismus nur noch einen Schritt bedeutet. Dieser Schritt wird freilich noch manchen harten Kampf kosten, aber wir denken nicht daran, über dem Vorne das Kämpfen zu vergessen. Kampf ist der Vater aller Tugenden, und auch der Sozialismus will erlämpft sein. Ohne Kampf kein Sieg, das war allezeit der Wahlspruch der deutschen Gewerkschaften! Paul Umbreit, Berlin.

Die Bedeutung unserer Tarifverträge.



Auf der Tagesordnung des Nürnberger Verbandstages steht auch ein Referat des Verbandsvorsitzenden über die tarifliche Neuordnung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Gemeinde- und Staatsbetrieben. Das Referat tritt an die Stelle der auf früheren Verbandstagen gegebenen Berichte über die Lohnbewegungen und den Stand der Arbeiterfürsorge in Gemeindebetrieben. Es wird den Fortschritt zeigen, der durch die Revolution und die Übernahme auf gewerkschaftlichem Gebiet eingetreten ist. Insbesondere ist ein Wandel eingetreten hinsichtlich der veränderten grundsätzlichen Auffassung vom Wesen des Arbeitsvertrages in öffentlichen Betrieben. Die Körperlichkeiten des öffentlichen Rechts haben vor der Revolution dem Abschluß von Tarifverträgen mit Arbeiterorganisationen ablehnend, um nicht zu sagen feindselig gegenüber. Schon die Tatsache, daß sich die Arbeiter zu einer festen Organisation zusammenschlossen, war vielen Verwaltungen ein Dorn im Auge und Maßregelungen unserer Verbandsmitglieder wegen ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeit waren keine seltene Erscheinung. Wer aber der Organisation der Arbeiter mit Mißtrauen begegnet und auf Maßregeln zu ihrer Unterdrückung sinn, von dem kann nicht erwartet werden, daß er den Arbeiter als gleichberechtigt im Arbeitsvertrag ansieht und dementsprechend handelt. Solange also die Verwaltungen die unumschränkte Macht in der Hand hatten,

denken sie ebensowenig wie die schärfmüchigen Arbeitgeber des Großhandels davon, mit ihren Arbeitern Tarifverträge abzuschließen. Sie haben es vor, die Lohn- und Arbeitsbedingungen selbstherrlich zu distillieren und von der Arbeitskraft die strikte Erfüllung der angedehnten Vorschriften zu verlangen. Die im Gesetz begründete Gleichberechtigung der Parteien im Arbeitsvertrag fand bei den Körperlichkeiten des öffentlichen Rechts keine praktische Anerkennung, und nicht selten waren Bürgermeister, die in der Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten und Herbeiführung von Tarifverträgen für Privatbetriebe einen gewissen Ruf genossen, einseitige Vertreter des Arbeitgeberstandpunktes, wenn es sich um die eigenen Gemeindebetriebe handelte.

Die auf Neuordnung des Maßstabes gerichtete offizielle Politik des Reiches fand bis in die kleinste Amtsebenen hinein ihre praktische Anwendung auf das Verhältnis zu den Arbeitern und der Begriff des Rechts führte daneben ein kümmerliches Dasein, auf dem, um von Zeit zu Zeit neu aufgesetzt im Gewand der Arbeiterfürsorge in Gemeindebetrieben der Welt das bekannte "warme Bier" für die Arbeiter in seinem vollen Glanze zu zeigen.

Der verlorenen Krieg hat die innere Hohlheit des Maßstabes eindeutig klar gezeigt, und die mit der Revolution eingetretenen Machtverhältnisse im Staate hat endlich auch die Körperlichkeiten des öffentlichen Rechts gezwungen, die selbstherrliche Regelung des Lohn- und Dienstverhältnisses aufzugeben und an seiner Stelle durch Abschluß von Tarifverträgen das Recht anzuerkennen. Das hindert nicht, daß es noch immer einzelne besonders reaktionäre Beamte und Behörden gibt, besonders bei Staatsbetrieben, die

der dahingehörenden Herrlichkeit nachstrahlen und sich mit allen Mitteln dem Abschluß von Tarifverträgen widersetzen. Andere wieder wollen zwar dem Zuge der Zeit Rechnung tragen, den Tarifvertrag aber nur mit dem Arbeiterausschuß ihrer Betriebe abschließen. Ein Sanatorium beispielsweise hält sich wahrscheinlich für sehr fortschrittlich, indem es vom Personal einen „Vertrauensrat“ wählen läßt, der neben der Pflicht, auf das Personal im Sinne der Pflichterfüllung einzuwirken, auch das Recht hat, spezielle Wünsche vorzutragen, soweit sie nicht gegen den Lohn tarif verstoßen und die Krankenversorgung nicht beeinträchtigen. Der „Lohn tarif“ wird vom Sanatorium senkrecht, beträgt für mindestens 20jährige Pflegerinnen 25–40 Mark monatlich, für Pfleger bleibt der Lohn besonderer persönlicher Abmachung vorbehalten. Dazu kommt dann noch folgende ungläubliche Bestimmung:

4. Da in einer Krankenanstalt im Interesse der Kranken eine gemeinsame Arbeitsniederlegung aus Lohngründen als gegen die sozialen Interessen verstoßend betrachtet werden muß, gilt der vorliegende Vertrag als Tarifvertrag, zu dem sich Anwesende wie Leitung durch ihre Unterschrift unbedingt verpflichten.

So also malt sich der „Tarifvertrag“ im Kopfe eines Sanatoriumsleiters; leider gibt es ähnliche Klänge auch noch unter den Direktoren staatlicher Anstalten und selbst unter den „rechtskundigen“ Bürgermeistern, wenn auch letztere glücklicherweise seltener geworden sind. Hier kann freilich nur die Macht der Arbeiterklasse dem Recht zum Siege verhelfen.

Inzwischen wächst die Zahl der abgeschlossenen Tarifverträge andauernd. Den Delegierten des Verbandstags wird in Gehalt eines dicken Buches das Resultat der bisherigen Tarifvertragsabschlüsse unterbreitet werden. Eine große Anzahl Verträge, die zu spät eingegangen sind, mußte leider unberücksichtigt bleiben, um die rechtzeitige Fertigstellung des Buches zu ermöglichen. Soweit sich ansehnlich übersehen läßt, sind etwa 145 Tarifverträge abgeschlossen, davon 106 mit Einzelgemeinden, 3 mit Gemeindegemeinschaften, 1 mit Zweckverbandbetrieben, 1 mit Kreisbehörden, 3 mit Provinzialbehörden, 11 mit Staatsbehörden, 4 mit Arbeitgeberverbänden, 16 mit Privat- und sonstigen Betrieben.

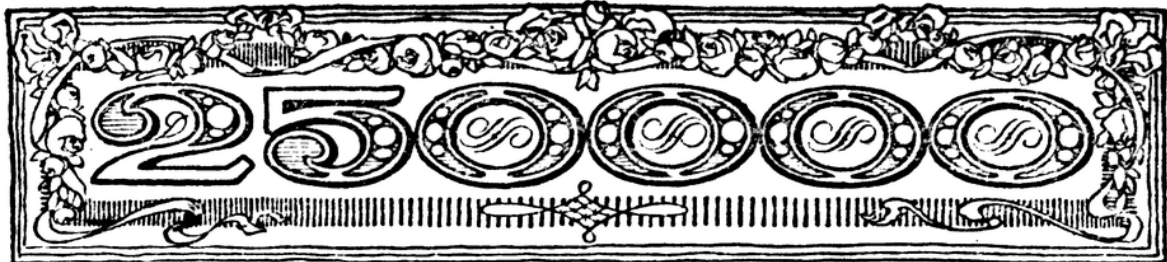
Die Tarifverträge halten sich, soweit der soziale Teil in Betracht kommt, im wesentlichen an die Richtlinien, gehen aber in Einzelheiten, beispielsweise in der Urlaubsberechnung, zum Teil weit darüber hinaus. In dieser Verschiedenartigkeit findet die Vielfältigkeit und das größere oder geringere Maß der früher bereits vorhandenen sozialen Fürsorgeeinrichtungen seinen Ausdruck. Das Ziel muß sein, eine möglichst einheitliche Gestaltung des sozialen Teils des Vertrags allmählich herbeizuführen. Schwieriger liegen die Verhältnisse hinsichtlich der Lohnhöhe. Die Kosten der Lebenshaltung und die allgemeine Lohnhöhe sind in Deutschland sehr verschieden und so ergeben auch die speziellen Lohnsätze sehr große Verschiedenheiten. Diese werden wohl auch für die Zukunft bestehen bleiben müssen, solange die Verschiedenartigkeit der Lebensverhältnisse bestehen bleibt. Die starken Unterschiede in der Lohnhöhe an einzelnen Orten sind zum erheblichen Teil auszuwischen, insbesondere sind die Höchstlöhne rascher zu erreichen als früher, wo zwischen Anfaßlohn und Höchstlohn Zeitspannen bis zu zwanzig Jahren und darüber lagen. In Kolonialgebieten ist das Verbot vorhanden, die Lohnunterschiede am gleichen Ort, insbesondere die zwischen Handwerkern und unelernten Arbeitern, noch mehr zu verringern. Ob dieses Verbot den Interessen der Allgemeinheit entspricht, ist mehr als fraglich, wenn man bedenkt, daß bei der Gegenwart die Neigung des Ausgleichs nach unten sehr stark vorhanden ist. Der Verbandstag wird Gelegenheit haben, hierzu sein Votum abzugeben.

Sehen wir von diesen Einzelheiten ab und wenden wir die Tatsache des Abschlusses von Tarifverträgen von allgemeinem Gesichtspunkte, so unterliegt es keinem Zweifel, daß die Tarifverträge die rechtliche Stellung der Arbeiter öffentlicher Betriebe sehr stark verbessert haben. Die Zeit ist vorbei, wo die Verwaltung nach Belieben dekretieren konnte, was der Arbeiter für seine Arbeit zu erhalten hat. Die Arbeiterkraft hat mitbestimmen als Gesamtheit durch ihre Organisation und gewinnt damit eine ganz andere Position. Sie wird diese Position ausnützen zur Ausgestaltung der Tarife im Sinne einer gesunden Entwicklung. Dabei wird es nicht an Kämpfen fehlen. Schon macht das organisierte Arbeitgebertum mobil gegen die in den Richtlinien praktisch vermittelten Gedanken der sozialen Fürsorge. Gewisse Anzeichen lassen darauf schließen, daß von dieser Seite der Versuch gemacht wird, abzubauen, sobald die Gültigkeit der Richtlinien abgelaufen ist und neue Verhandlungen geführt werden. Der Anfang von dieser Seite wird uns gerührt

finden. Ob es bei den kommenden Verhandlungen für das Weitergehen der Richtlinien zu einem Reichstarifvertrag mit den Gemeinden kommen wird, ist heute noch nicht abzusehen. Ein Hindernis bildet die lose Organisation der Gemeinden im Deutschen Städte tag, der nicht in gleicher Weise wie ein Arbeitgeberverband der Privatindustrie einen Tritt auf seine Mitglieder ausüben kann. Dem stehen auch gesetzliche Vorschriften im Wege. Die moralische Einwirkung des Städte tages reicht aber nicht immer aus, um die Gemeinden unter einen Hut zu bringen, wenn wirtschaftliche Interessen und — persönliche Vorurteile und Neidhabeereien einzelner Rathhausgewaltigen (die leider auch unter dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht von den Kollegen nicht als solche erkannt und gewürdigt werden) dem gegenüberstehen. Immerhin darf gesagt werden, daß die Neigung zur Verständigung auf der Gegenseite vorhanden ist, soweit der Städte tag und der Reichshäuftebund in Frage kommen. Es darf auch nicht verkannt werden, daß die Arbeiter öffentlicher Betriebe auf dem umgekehrten Wege zu Tarifverträgen gekommen sind, wie es sonst der Fall zu sein pflegt. Entwickelten sich in der Industrie die örtlichen Tarife allmählich zu Bezirks-, Landes- und Reichstarifen, so verbandt die allgemeine Tarifvertragsbewegung der öffentlichen Betriebe ihr Dasein der sofort nach der Revolution einsetzenden Initiative des Verbandsverbandes und der daraufhin erfolgten Vereinbarung mit dem Städte tag. Hier gingen also die zentralen Vereinbarungen den örtlichen Vertragsabschlüssen voraus, was von vornherein im Sinne der Vereinheitlichung der Einzelverträge wirken mußte, so daß dem Reichstarifvertrag an sich keine übergroßen Hindernisse im Wege stehen.

Einen Faktor, der verufen ist, viel zur Förderung der Verständigung beizutragen, bilden die gemeindlichen Zentralausschüsse. Für die besonders gearteten Verhältnisse in den Gemeindebetrieben war es ein unabwiesbares Bedürfnis, eine Schlichtungskommission zu schaffen, die imstande ist, der Eigenart des Arbeitsvertrages in öffentlichen Betrieben gerecht zu werden. Die örtlichen Schlichtungsausschüsse bieten hierfür nicht immer die volle Garantie. Hier entscheiden private Arbeitgeber und Arbeitnehmer unter einem unparteilichen Vorsitzenden, der nicht selten Vertreter der gleichen Gemeinde ist, die als Vertragspartei in Frage kommt. Wenn auch nicht ohne weiteres angenommen werden muß, daß unter letzterer Tatsache die Unparteilichkeit des Schlichtungsrates leidet — eventuell kann auch ein anderer Unparteilicher als Vorsitzender zugezogen werden, so besteht doch in einzelnen Fällen die Möglichkeit, daß die ansehnliche der Gemeindebetriebe lebenden Schlichter infolge mangelhafter Kenntnis der Eigenart des Gemeindebetriebes zu einem Fehlurteil gelangen. Es muß also eine Anfang vorhanden sein, die über die nötige Sachkenntnis verfügt, um die Eigenart der Gemeindebetriebe zu würdigen und die durch ihre Zusammenfassung auch die nötige Autorität hat, um die Parteien zur Anerkennung des Schlichtungsurteils zu veranlassen. Der Antrag des Verbandesverbandes auf Schaffung einer zentralen Instanz zur Schlichtung von Arbeitsverhältnissen in Gemeindebetrieben fand auf Arbeitgeberseite bereitwilliges Entgegenkommen. Leider war es nicht möglich, durch Schaffung nur einer einzigen Zentralstelle alle Streitfälle vor die gleiche Instanz zu bringen und so die Einheitslichkeit der Rechtsprechung unter allen Umständen zu sichern. Es bestehen zwei gemeindliche Zentralausschüsse, die beide von Arbeitgeberseite durch den Verbandsvorstand beauftragt sind, während die Arbeitgeberseite in einem Falle vom Deutschen Städte tag, im anderen Falle vom Reichshäuftebund bestellt werden. Der letztere Zentralausschuss ist noch nicht in Funktion getreten. Dagegen hat der erstere bereits eine Anzahl Streitfälle entschieden und man darf wohl sagen: hier ist eine Stelle geschaffen, die sowohl den Gemeinden durch die Vertreter des Städte tages als auch den Arbeitern durch die Vertreter des Gemeindearbeiterverbandes die Gewähr gibt, daß kein Schlichtungsurteil gefällt wird ohne genaue Würdigung des Streitfalls durch ein sachverständiges Kollegium unter strengster und unparteilicher Wahrung des Rechtsstandpunktes. Die bereits gefällten Schlichtungsurteile lassen das Streben nach einer gerechten Ausgleich unerschütterlich erkennen und rechtfertigen das Vertrauen, das dem Zentralausschuss entgegengebracht wird. Es wäre dringend zu wünschen, daß ihm alle Streitfälle unterbreitet würden, bevor es zu Arbeitsniederlegungen oder Aussperrungen in öffentlichen Betrieben kommt.

Alles in allem — der Anfang ist gemacht, die Gleichberechtigung der Arbeiter auch in öffentlichen Betrieben durch die Tarifverträge ist anerkannt. Sie auszubauen und zur Grundlage einer gesicherten und auskömmlichen Existenz für die Arbeiter zu machen, wird eine der vornehmsten Aufgaben des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter sein. K. Schmidt.



schon ein gewaltiger Schritt aufwärts in wenigen Monaten! Als wir in Nr. 1 der „Gewerkschaft“ von 1912 das Jubiläum der „50 000“ feiern konnten, sahen wir die einzelnen Phasen unserer inneren Organisationsentwicklung vorübergeleiten und wiesen auf all die Schwierigkeiten hin, die uns bis dahin umbrandeten. Sie haben auch in den weiteren sieben Jahren eine große Rolle gespielt.

Heute, da wir eine Mindestauflage der „Gewerkschaft“ von 250 000 feststellen können, sind fast alle diese Erschwernisse aus dem Wege geräumt und kraftstrotzend und entwicklungsfröhlich steht unsere Organisation wie ein Eichbaum, dem weder Wind noch Wetter gefährden kann. Freilich, der Blitzschlag des Weltkrieges hatte einen harten Hieb getroffen und unsere stolze Mitgliederziffer von 54 000 sank in zwei Kriegsjahren auf kaum 26 000 herab. Ueber die Hälfte unserer organisierten Kollegen mußte ins Feld ziehen, und nur dank einer regen, nimmer erlahmenden Kleinarbeit aller verbliebenen Verbandsfunktionäre gelang es, allmählich durch Neugewinnung von Mitgliedern des wachsenden Tiefstandes Herr zu werden.

Erst seit Anfang 1917, da die Höchstzahl der Einbezogenen nicht mehr Reichhaltigkeit schenken, kamen wir endlich aus der unbefriedigenden Situation fortlaufender Mitgliederabnahme heraus. Im Jahresbericht (Anfang 1918) hatten wir wieder 33 000 Mitglieder und damit den Stand von 1908 erreicht. Nun setzte das Tempo der Entwicklung etwas schneller ein. Bis 1. November 1919 zählten wir wieder 41 000 Mitglieder, also den Stand von 1910.

Und nun folgt die beispiellose sprunghafte Aufwärtsentwicklung: Am 1. Januar 1919 sind es bereits 87 000 Mitglieder, am 1. April 166 000, am 1. Juni ist das zweite Hunderttausend überschritten und noch immer weiter steigt die Flut. Unsere Statistik vom 1. August weist 232 000 Mitglieder auf und gegenwärtig sind 240 000 bereits weit überholt, während die Auflage der „Gewerkschaft“ nun die Viertelmillion dauernd überschritten hat!

Wir sagen mit vollem Bewußtsein „dauernd“ überschritten, denn wir haben die Zuversicht und das Vertrauen zu unseren Kollegen: Es darf keinen Rückschritt geben, denn heute hat jeder Gemeinde- und Staatsarbeiter das unbeschränkte und unbeschränkte Koalitionsrecht! Gewiß, die Schaar der Aufrechten, die sich nicht fürchteten, war vor dem Kriege nicht immer groß genug, um der Beeinflussung durch Vorgesetzte, Verwaltungsbehörden usw. erfolgreich entgegenzutreten zu können. Es war bis zur Novemberrevolution in den deutschen Gemeinde- und Staatsbetrieben oft ein großes Opfer, was der einzelne Vertrauensmann und Verbandsfunktionär brachte, wenn er für unsere Organisation tätig war. Zurücksetzungen, Exilierungen, Strafen und Entlassungen waren die modernen Folter- und Drohmittel, mit denen von so manchen Stadtverwaltungen gearbeitet wurde gegen uns, von den Staatsbehörden gar nicht erst zu reden, denn da bildete die planmäßige Einschüchterungspolitik fogalsen die Regel.

Das ist alles, alles anders worden, und so sehr die Meinungen auseinandergehen mögen, über den Grad der Freiheit, die wir uns errungen haben, gemessen an den vorrevolutionären Zeiten, gibt es nur eine Stimme: Heute können sich die gewerkschaftlichen Organisationen völlig frei entfalten. Da wäre es allerdings ein bedauerndes Armutszeugnis, wenn sie jetzt nicht bessere Erfolge im Organisationsaufbau aufzuweisen hätten wie früher.

Aber wird das ganze nicht doch „Streikerei“ sein? fragen viele Ältere, besinnliche Kollegen. Wird nicht bei härterem

reaktionären Windhauch die Flamme der Organisationsbegeisterung schnell erlöschen? Sind nicht viel „Mau“-Mitglieder in unseren Reihen, deren wahre Gesinnung weitab von unseren sozialistischen Endzielen und Hoffnungen steht?

Und ist nicht für die meisten der neu gewonnenen Mitglieder der materielle Erfolg unserer Organisationsarbeit das einzig Entscheidende? Wird sich aber beim endlichen Abbau der Preise für Lebensmittel und Bedarfsartikel — den wir doch alle sobald wie möglich erhoffen und herbeisehnen — auch nur des jetzige Lohnsatz festhalten lassen?

O, wir wissen wohl, diese Fragen sind berechtigt. Sobald die Masse der Kollegen keinen weiteren Erfolg sieht, wird sie unzufrieden — nicht nur mit den Verhältnissen, sondern auch mit ihrer Organisation! Hier vorzubauen ist unsere Pflicht, und der Verbandstag wird darum sorgfältig prüfen müssen, welche Wege einzuschlagen sind, um weitere Erfolge an unsere Fahne zu heften.

Auf einem Gebiet haben wir durchgreifende Erfolge auszuweisen: Der Achtundentag ist nun das Arbeitsmaximum! Aber auch hier erwachen uns die Gefahren regelmäßiger Überstunden, Überarbeiten und Feiertagsarbeit. Nur durch kritische Überwachung und Selbsterziehung bewachen wir vor. Jeder gewerkschaftlich Organisierte muß von der Erkenntnis durchdrungen sein, daß die individuelle Bevorgung auf Kosten der Allgemeinheit geht und unter allen Umständen vermieden werden muß. Es kommt hinzu, daß die durch Überstunden usw. gewonnenen höheren Löhne in der Regel für erhöhte Auswendungen ausgegeben werden müssen. Es ist also eine sehr kurzfristige Position, wenn man solchem „Gewinn“ nachjagt. Die Erziehung zur Solidarität, das heißt zu gegenfeitiger Hilfe, muß dabei dauernd und höchst von jedem unserer Mitglieder gefordert werden. Hier liegen die härtesten Wurzeln unserer Zukunftshoffnungen.

Unsere „Gewerkschaft“ hat die besondere Mission, über all diese Dinge Klarheit zu schaffen. Sie soll uns mit kollegialem und kameradschaftlichem Geist erfüllen und die angebotenen Aufgaben und Probleme den Kollegen näherbringen. Denn in dem Maße als die volkswirtschaftlichen Gesichtspunkte in den Vordergrund treten, wird es auch jedem einzelnen klar, daß er nur ein Glied in der großen Kette sein kann, und daß selbst jede Arbeiterkategorie ihre Besonderheiten einfügen muß in den Gesamtrahmen der volkswirtschaftlichen Vorbedingungen und Entwicklungsmöglichkeiten.

Wir geben zu, unter der Viertelmillion müden einseitigen noch zahlreiche Kollegen und Kolleginnen sein, denen der rechte gewerkschaftlich-solidarische Geist fehlt, und die im Sturmwinde umknicken. Aber unsere Organisation selbst hat die Mittel der Festigung in der Hand durch gewerkschaftliche Erziehungsarbeit.

Und hier tritt unsere Verbandspresse, insbesondere die „Gewerkschaft“ auf den Plan. Woche für Woche breitet sie die Fülle von Wissen, Aufklärung und Belehrung vor den Mitgliedern aus, und wenn auch manches Kleinlein auf reinigen Boden fällt oder von den Vögeln gefressen wird, die Saat der Erkenntnis und des Wissens geht doch auf und bringt uns gute Frucht! Dafür liegen hinfällige Beweise vor! Wieviel Opfermut und Verbrennstreue bringen auch heute noch die Tausende von Verbandsfunktionäre auf, die einen erheblichen Teil ihrer freien Zeit opfern, um der Organisation zu dienen. Darunter befindet sich so mancher Kollege und recht viele Kolleginnen, die erst in den letzten Monaten gewonnen werden konnten oder die bislang verbandlos waren, ihre Kräfte in der Organisation frei zu entfalten.

Wenn wir also die Dinge würdigen, wie sie sind, so lassen sich reichlich hinreichend Gründe vor, unsern unverwundlichen gewerkschaftlichen Optimismus aufrechtzuerhalten, unbeschadet so mancher betrübender Einzelerscheinungen, die in einer solchen Riesenschwung unausbleiblich sind.

Die „Gewerkschaft“ wird heute an mehr denn 500 Orten gelesen, wo wir überall Filialen unseres Verbandes haben. Da sind wir uns durchaus bewußt, daß die mannigfaltige Leserschaft mit Recht Anspruch darauf erheben kann, den Vorkost so vielseitig wie möglich zu gestalten, so weit das im Rahmen eines Gewerkschaftsblattes eben anständig ist. Wir haben uns bemüht, billigen Anforderungen nach Kräften zu genügen und die zahlreichen Anerkennungen und Nachdrücke bis in die letzte Zeit hinein, bekräftigen uns im Hoffen und Glauben, daß unser oft recht mühevoller Wirken und Schaffen nicht vergeblich gewesen ist. Inmerhin wird noch das bessere leisten, und da erheben wir auch an diesem Jubiläumstage den so oft ausgesprochenen Wunsch, uns weiterhin nach Kräften mit Kritik, Rat und Tat zu unterstützen!

Wir würden überhaupt von „uns“ in diesem Zusammenhang nicht gesprochen haben, wenn wir nicht gleichzeitig die große Schaar der regen Mitarbeiter der „Gewerkschaft“ den Dank aussprechen wollten, für all die aufgewendete Mühe und liebevolle Arbeit, die noch dazu unentgeltlich und oftmals in später Stunde nach schwerer Tagesarbeit geleistet worden ist. Manchmal mag freilich — namentlich bei neuen Mitarbeitern — dem Einsender bei Anblick seines „verstämmelten“ Berichts oder Artikels der Unwille gekommen sein über so viel „Rebaktionsbosheit“. Aber bis jetzt ist es uns doch fast stets gelungen, die Kollegen davon zu überzeugen, daß die örtliche Perspektive des einzelnen nicht immer den richtigen Maßstab gibt.

Und nun zu einigen anderen Gesichtspunkten. Es läge ja nahe, all die Zeiten unseres Werdens und Wachsens in diesem Zusammenhang noch einmal kurz aufzurollen, zumal ja unsere „Gewerkschaft“ stets das Spiegelbild unseres jeweiligen Organisationslebens gewesen ist. Wir müssen uns solche Betrachtung aber auf einen späteren Termin vorbehalten. Nur für die fünfjährige Periode möchten wir einige Andeutungen machen, weil sie für Gegenwart und Zukunft unseres Verbandes wie auch für die innere Geschlossenheit unserer Organisation von entscheidender Bedeutung sind. Eine Zeit rastloser tief einschneidender Maßnahmen im Verbandesgefüge liegt hinter uns. Nichts war dauernd als der Wechsel. Das hat sich auch in unserer Presse aufs härteste bemerkbar gemacht. Es war in den ersten Kriegswochen überhaupt sehr schwer eine gewerkschaftliche Zeitung so zu gestalten, daß sie nicht in den Hintergrund des Interesses rückt. Dazu kam, daß uns stets die eine Sorge vor Augen schwebte: Keine Zerstörung der einheitlichen Organisationsform haben! Der Vorstand und Redaktion in völligem Einvernehmen es für ihre dringende Pflicht gehalten, hier den Anfängen zu widerstehen und aufs härteste gegen die Arbeiterzeitsplitterung zu Felde zu ziehen. Wie recht wir darin hatten, beweisen die Vorgänge in den sozialistischen Parteien. Denn man muß zu den einzelnen politischen Tagesproblemen stehen oder geknien haben wie immer, das eine kann niemand bestreiten, der unaufrichtig sozialistische Brudergeist hat nicht nur einen erheblichen Teil der Revolutionserrungenschaften gefährdet und zunichte gemacht, er hat auch kulturell und wirtschaftlich schwerste Erschütterungen unseres vollwirtschaftlichen Lebens im Gefolge gehabt. Darum muß jeder Gewerkschaftler mit Verantwortungsgesühl — ganz gleich, wohin er die „Schuldfrage“ richtet — alles daran setzen, daß unsere wirtschaftlichen Organisationen einig und intakt bleiben! Der 10. deutsche Gewerkschafts-Kongress in Nürnberg gibt uns die Zuversicht, daß wir allen parteiischen Unzulänglichkeiten zum Trotz, die Zeit der grünlichsten Bruderfeindschaft überwinden können.

Mit der Resolution Paeplov ist ein Weg gewiesen, die Einigkeit der wirtschaftlichen Organisationen zu erhalten. Voraussetzung sind: Größere Toleranz gegenüber Andersdenkenden und gewerkschaftliche Disziplin bei allen unseren Bewegungen.

Wenn wir unser Verbandesganzes in diesem Rahmen ansehen, so liegt eigentlich kein Anlaß zu besonderen Bestürzungen vor. Und wir möchten es nicht zuletzt der besinnlichen stetig ruhigen Naturnatur unserer „Gewerkschaft“ zuschreiben, daß wir bislang vor größeren Auseinandersetzungen bewahrt geblieben sind, die doch nur nachteilig für alle Beteiligten wirken könnten. Gewiß, auch in unserer Organisation sind einige alte ungewerkschaftliche, unkollektive Unzulänglichkeiten vorzukommen. Aber diese Fehler, nachrevolutionären Welten weisen so manches Unerfreuliche auf, weil uns, vornehmlich infolge der politischen Zerrissenheit — nicht alle Träume reisten!

Und ein anderes mag an diesem Jubiläumstage uns in unserer inneren Einheit festigen: Das unbedingte Zusammengehörigkeitsgefühl aller Gemeinde- und Staatsarbeiter!

Wie langsam schwerfällig war doch der Aufstieg bis zur Revolution. Nicht nur die äußeren Hemmnisse von Vorgesetzten, Behörden und Gesetzen waren zu überwinden, nicht nur die Einseitigkeit und Gleichgültigkeit weiterer Kreise unserer Kollegen schief waren uns härteste Hemmnisse, sondern auch die übrigen freien Gewerkschaften erklärten zu erheblichem Teil in unserem Aufstieg ihren Niedergang und wählten, unsere Fortegung auf Betriebsorganisation als gleichberechtigte Organisationsform sei eine Gewerkschaft gegen die Berufs- und Industrieverbände. Hier hat der Nürnberger Gewerkschaftskongress endlich Breche gelegt! Man erkennt unsere Eigenarten an, und was erfahrene Gemeindevorsteher aus ihrer Praxis längst wußten, daß eine gedeihliche Lohn- und Sozialpolitik der Gemeinden nur mit möglichst einem Zentralisten, dem dafür berufenen Gemeinde- und Staatsarbeiterverband, zweckmäßig aufzubauen ist, das hat sich nun auch theoretisch durchgesetzt. Auf diesem Gebiet wird unsere archaische angelegte Tarifpolitik in Verbindung mit dem Städtebund und Städtebund unsere Positionen ausdauernd weiter bestreiten und die anderen Gewerkschaften werden bald erkennen, daß es uns wahrlich nicht um bedenkenlose Vermehrung unserer Mitgliederzahl zu tun ist, sondern es handelt sich um reine Zweckmäßigkeitfragen, die auch zu Ruh und Frommen der andern Verbände nachwirken. Je einheitlicher unsere Organisation, um so größer die Erfolge! Wir sind bereits im Auge, Pionierarbeit auf sozial-politischem Gebiet zu leisten und wir werden nicht eher ruhen, bis wir das erreicht haben, was hier in der „Gewerkschaft“ so oft und so eindringlich gefordert worden ist. Freie Mitbestimmung in allen Arbeiterangelegenheiten, Sicherung eines auskömmlichen Lebenslohnens, Sicherung aber auch durch soziale Rechte aller Art, die uns ermöglichen, von einem menschenwürdigen Dasein zu reden. Gerade weil seit mehr denn 12 Jahren an dieser Stelle vom Unterzeichneten das Redaktionsfach nach dieser Richtung hin geleitet worden ist, darf an unserm Jubiläumstage wohl davon erinnert werden. Die schwersten Stürze unseres Kampfes liegen hinter uns! Doch nicht alle Klippen, Nisse, Matten sind überwunden. Nachsicht unseres noch immer andauernden Wachstums aber dürfen wir unserer „Gewerkschaft“ sagen: Nun feste, du nimmst müder Streiter mit rotem Wimpel hinaus in den Ocean zukünftiger Entwicklung!

Emil Zittmer.



Gemeindefinanzen und Arbeiterlöhne.

Ein Beitrag zur Sozialisierungsfrage.



le von der Revolution lebhafter ausge-
löhnen und von der sozialdemokratisch ge-
sinnten Arbeiterschaft seitdem um so stür-
mischer vertretenen Bestrebungen, der ka-
pitalistischen Wirtschaft das Wasser ab-
zugraben und ihr in möglichst abge-
kürztem Verfahren das Lebenslicht aus-
zublasen, werden in der kommunalen
Verwaltung ein besonders fruchtbares
Betätigungsfeld finden. Es ist gar keine
Frage, daß es hier viele Möglichkeiten
gibt, um der Sozialisierung den Weg
frei zu machen. Man muß nur ernst-
lich wollen. Natürlich dürfen in der Ge-
meinde ebensowenig wie sonstwo wilde Experimente in dieser
Beziehung gemacht werden, wenn nicht die Bürgerschaft dafür eines
schönen Tages die Rechnung in Gestalt von unangenehm angewachsenen
Steuerquittungen bezahlen soll. Trotzdem sind eine ganze Anzahl
Zweige der kommunalen Versorgung vollkommen reif, in Gemeinde-
regie überführt zu werden, ohne daß dadurch der kommunale Haus-
halt irgendwelchen Erschütterungen ausgesetzt werden würde. Die
alten reaktionären Gemeindeverwaltungen haben darin schwere
Unterlassungssünden begangen. Waren doch viele von ihnen noch nicht
einmal dahin zu trinaen, die so selbstverständliche Wasser-, Gas-
und Elektrizitätsversorgung der privatkapitalistischen Ausbeutung
zu entziehen, ganz zu Schweigen von der notwendigen Ueberführung
der Apotheken, des Bekleidungswesens in Gemeindefisk, der Her-
stellung von Wohnungen und aller anderen bautechnischen Arbeiten
in kommunaler Regie, der insbesondere aus den Kriegserfahrungen
sich ergebenden Uebernahme des hauptsächlichsten Teiles der
Lebensmittelversorgung einschließlich der Errichtung kommunaler
Speisehäuser usw. usw. Wie aus diesen wenigen Andeutungen
ersichtlich, eröffnet sich den neugewählten Gemeindeverwaltungen,
welche erfreulicherweise vielfach sozialdemokratische Mehrheiten
aufweisen, ein großes Feld für die Durchführung sozialistischer
Ideen und Forderungen, um zu beweisen, was sie können.

Einen starken Antrieb wird in dieser Richtung aber auch die
geradezu entsetzliche Finanznot geben, in der sich die weitaus
größte Zahl der Gemeinden infolge des mehrjährigen Kriegszustandes
befinden. Wer da einen tieferen Einblick tun darf und Gelegen-
heit hat, die verzweifeltsten Anstrengungen der Gemeindefinanz-
bewahrer zu beobachten, um mit harter an die Wäuren eines
Bankrottes streifenden Mitteln immer wieder ein flammendes Loch
zu stopfen, der weiß, daß neben der höchstnützlichen Anziehung der
Steuerzahler noch andere durchgreifende Mittel zur Wiederauf-
richtung der Gemeindefinanzen nötig sind. Das hauptsächlichste
dieser Mittel wird heißen: Schaffung werbender An-
lagen und Einrichtungen, d. h. solcher Betriebe, die aus
der Kammerverwaltung nicht nur keine Zuschüsse beziehen, son-
dern dieser ihrer ganzen Struktur nach Ueberschüsse zuführen
berufen sein sollen.

Nun vertritt die sozialdemokratisch denkende Arbeiterschaft
allerdings den an sich durchaus richtigen Grundsatz, daß auch ge-
meindliche Versorgungsbetriebe keine Uebernahmewirtschaft treiben,
sondern einerseits ihre Produkte so billig wie möglich an die
Bürgerschaft abgeben und andererseits ihren Arbeitern und Ange-
stellten mehrerlässige Lohn- und Arbeitsbedingungen gewähren
sollen. Ob es aber Gemeindeverordnete selbst aus den Kreisen
der Arbeiter gibt, welche für reifere Anerkennung dieses Grund-
satzes in der Lage sind, darf ganz offen anzugezweifelt werden. Rein
sozialistischer Gemeindeverordneter kann — besonders in der gegen-
wärtigen Lage — derartiges behaupten, wenn er sich nicht einer
Täuschung seiner Wähler schuldig machen will. Das ist hart,
aber wahr!

Voraus es in der Praxis ankommt, daß ist die Kunst, die ein-
ander gegenüberstehenden, widersprechenden Interessen zum Nutzen
der Gesamtheit auszugleichen. Und bei der Ausübung dieser
Kunst durch die Mitglieder der Gemeindeförperschaften steht das
besondere Interesse der Arbeiter und Angestellten der Gemeinde-
betriebe ein; denn es gilt dabei, den kommunalen Haushalt wirt-
schaftlich und sozial auf auszuhehalten, ohne aus den sozialisierten
Betrieben unzulässige hohe Ueberschüsse herauszupressen und dabei
vor allem zu verhindern, daß die Finanznot der Ge-
meinde zum Lohnbrüder wird. Wie in letzterer Hinsicht
geschildert werden ist, deren können aus der Geschichte der Ge-
meindearbeiterbewegung Munde geschrieben werden. Der bis zum

Ueberdruß oft bei den berechtigten Forderungen geltend gemacht
Einwand, daß die Betriebe eine weitere Belastung nicht ertragen
könnten, lag ja sehr nahe, war aber zumisch mehr bequem und
oberflächlich als stichhaltig; scheute man sich doch oftmals nicht,
ihn auch bei recht lukrativen Betriebsergebnissen geltend zu machen,
welche zwar für das Gemeindebudget sehr erfreulich, für die unter
den rückständigen Arbeitsverhältnissen schaffenden Arbeiter und An-
gestellten aber um so unerträglicher waren. So war es, wie
gesagt, sehr, sehr häufig — und so ist es, wie hier nicht ver-
schweigen werden darf, in vielen Fällen noch heute trotz der im
ganzen neuerdings hervorgetretenen, einschüßvolleren Tendenz bei
den kommunalen Verwaltungen und Betriebsleitungen in Fragen
der Neugestaltung der Arbeitsbedingungen. Die Durchführung der
mit dem Vorstand des deutschen Städtebundes und des Reichsbundes
vereinigten „Nichtlinien“ für die tarifmäßige Gestaltung
der Arbeitsverhältnisse bezeugt, obwohl diese gewiß nur eine be-
scheidene Grundlage darstellen, hier und da noch immer einen uner-
hörten Widerstand. Entweder man versucht die „Nichtlinien“ zu
Maximalbestimmungen umzubilden oder sie durch Anschließ an
Unternehmerverbände oder Gründung kommunaler Arbeiterber-
eignungen zu sabotieren, wie das u. a. bei den Tarifver-
handlungen mit der rheinisch-westfälischen Städtegemeinschaft
fürzlich klar hervorgetreten ist.

Tagegen müssen die Arbeiter der Gemeindebetriebe aus einem
doppelten Grunde entschlossen Fromt machen. Erstens können sie
als sozialistisch denkende Volksgenossen kein Interesse an einem
sozialisierten Betriebe haben, dessen Leitung sich der Notmäßig-
keit des kapitalistischen Unternehmertums durch Anschließ an dessen
wohldisziplinierte Organisationen unterstellt; denn damit wird der
Zweck, den die Sozialisierung erfüllen soll, nicht erreicht, die in
Frage stehenden Betriebe also nicht des kapitalistischen Wesens
entkleidet. Von seiten der proletarischen Erwählten in den Ge-
meindervertretungen ist also der energischste Zwang auszuüben, um
zwischen dem privaten Unternehmertum und den kommunalen Be-
triebsleitungen eine reinliche Scheidung herbeizuführen.

Andererseits muß trotz aller Finanznöte der Ge-
meinden daran festgehalten werden, daß diese die Pflicht haben,
die Lohn- und Arbeitsbedingungen in ihren Betrieben
mehrerlässig zu gestalten. Dazu gehört nicht nur die Ge-
währung eines ausreichenden Einkommens und die Schaffung von
schönen Einrichtungen für die Fälle sozialer Not. In einem
sozialisierten Betriebe muß den Arbeitern und Angestellten auch ein
entsprechendes Mitbestimmungsrecht eingeräumt werden,
um sowohl Einfluß auf die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse zu
gewinnen, als auch durch Einblick in die Betriebsverhältnisse diese
vor jedem kapitalistischen Mißfall zu bewahren und deren Pro-
duktivität durch zweckentsprechende Vorschläge fördern helfen zu
können.

Natürlich wird bei Gestaltung dieses Mitbestimmungsrechts
nicht in jedem Betracht eine Parallele mit privatkapitalistischen
Betrieben möglich sein. Der sozialisierte Betrieb einer Gemeinde
hat selbstverständlich Rücksicht zu nehmen auf die Interessen seiner
Konsumenten, denen — wie schon weiter vorn gesagt — gekürzte
Betriebskosten in Gestalt höherer Preise des bezogenen Produkts
oder bei notwendigen Betriebszuschüssen als erhöhte Steuern zur
Last fallen. Unerlöste Lohnforderungen werden daher von den
Arbeitern stets an diesem Prüfstein erkannt werden. Ebenfalls
wird von diesen die Tatsache übersehen werden, daß sie Arbeitgeber
gegenüberstehen, die als demokratisch zusammengefaßte
Selbstverwaltungskörper der Gesamtbürgerschaft gegen-
über für gewissenhafte Verwaltung verantwortlich sind.

Nichtbedenklicher darf fürzlich festgehalten werden, daß bei vor-
handener klarer Einsicht beider Teile etwa divergierende An-
schauungen einander nähergebracht werden können und die so-
zialisierten Betriebe der Gemeinden sich so als ein Segen für
die Gesamtbürgerschaft, wie auch der darin be-
schäftigten Arbeiter erweisen. Die Methoden der gewerkschaftlichen
Arbeiterbewegung können — das steht für jeden er-
fahrenen Gewerkschafter fest — auch in den sozialisierten Betrieben
nicht entbehrt werden; denn auch in ihnen bleibt das Verhältnis
zwischen (wenn auch kollektivem) Arbeitgeber und Arbeitnehmer be-
stehen. Aber ebenso kann für den von sozialem Geiste erfüllten
Kommunalpolitiker kein Zweifel darüber bestehen, daß schwere wirt-
schaftliche Kämpfe zu vermeiden sind, wenn auf beiden Seiten das
der Allgemeinheit gegenüber schuldige Maß von Verantwortlichkeit
vorhanden ist.

E. Wulz.

Ein herzliches Willkommen in Nürnberg!



ruh allen unseren Delegierten. Wir wollen nachfolgend eine anspruchsvolle Führung durch Nürnbergs Sehenswürdigkeiten vornehmen. Aus allen deutschen Gauen wandern jährlich Tausende und von Fremden sowie Ausländern nach Nürnberg, der alten Moris, im Volksmunde genannt „des deutschen Reiches Schatzkammer“.

Es dürfte sich dabei lohnen, zunächst einiges über die Geschichte Nürnbergs voranzuschicken.

Der Name Nürnberg wird in der Chronik zum erstenmal im Jahre 1050 genannt. Wenn auch nicht mit Sicherheit, so wird doch mit hoher Wahrscheinlichkeit angenommen, daß sich Nürnberg in den Jahren 1030—1050 aus einem Königs- oder Fürstentum entwickelte. Um diese herum entstand allmählich die Stadt, hauptsächlich infolge der Verlegung des Marktes von Fürth nach Nürnberg durch Kaiser Heinrich III. sowie infolge hohen Ansehens des wundererleuchteten Schutzheiligen Sebaldus, weshalb schon im Jahre 1070 ganze Pilgerscharen nach Nürnberg kamen. Die Burg hatte schon im Jahre 1105 eine Belagerung durch den Kaiser Heinrich V. zu erleiden, der sie nach zwei Monaten erlag. Wiederholt wurde Nürnberg der Kriegshauptstadt der damaligen Herrscher, so im Jahre 1127, 1130 usw. Auch der 30jährige Krieg hinterließ seine Spuren in Nürnberg. Nicht zuletzt waren es auch die Raubritter, und unter diesen wieder hauptsächlich Eppelstein von Gailingen, die den Handelstreibenden arg zusetzten. Trotz allem entwickelte sich die Stadt, und deren Bürger gelangten zu großem Wohlstande, denn trotz gegenseitiger Befehdung brachte es der Rat der Stadt fertig, sich immer wieder die Gunst der damaligen Machthaber zu erwerben. Der erste weltliche Erzbischof „kaiserlicher Gunst“ stammt aus dem Jahre 1219. Nürnberg wurde durch Kaiser Friedrich II. zur Reichsstadt erhoben, mit eigenem Recht und wichtigen Zollfreiheiten. Durch diese Gunstbeweise, die

auch Rudolf von Habsburg fortsetzte, entwickelte sich Handel und Wandel in ausgiebiger Weise. Zunächst mit den rheinischen Stapelplätzen Worms, Mainz und andern. Handel treibend kamen die Nürnberger Kaufleute bis in die Niederlande und über die Alpen nach Italien. Es bildete sich inselgeheßen in Nürnberg ein umfangreicher Patrizierkamm, der die Stadt vollständig beherrschte, die Produkte der schon damals sehr rühmlichen Handwerksmeister um niedrige Preise erwarb und sie auf den Handelsplätzen wieder mit gutem Gewinn verkaufte.

Nicht gerne sahen das die Handwerksmeister. Sie versuchten sich der Herrschaft der Patrizier zu entziehen, weil diese ihnen nicht einmal den Zusammenfluß in Zünften gestatten wollten, und so kam es schon im Jahre 1348—1349 zum Aufbruch. Es gelang den Zunftmeistern sogar, den Rat der Stadt auf längere Zeit abzusetzen. Dieser aber eroberte mit Hilfe des damaligen Gebieters und Herrschers seinen Sitz mit Amt und Würden wieder zurück.

Aber die vielen Gesellen waren noch ohne jeden Rechte. Sie waren in ihren Bruderschaften vereinigt, die wiederholt verboten wurden. Und diese ganz zu beseitigen, gelang nicht. So kam das patriarchalische Verhältnis bestand, regelte der Meister den Lohn, die Arbeitszeit, die Arbeitsvermittlung. Dagegen häuften sich die Gesellen auf, die sich im 16. Jahrhundert zu starken Gesellenverbänden zusammenschlossen. Zu dieser Zeit konnten die Gesellen an eine eigene Existenz nicht denken, das Geschäft ging in seltenen Ausnahmen sonst stets auf den Meistersohn über. Wer die Geschichte der damaligen Zeit liest, dem weht ein Geist entgegen, der als Vorläufer unserer heutigen Arbeiterbewegung zu erkennen ist. Die Arbeitszeit währte von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang, bei vielen Meistern wurde noch mit Licht gearbeitet. Da die Gesellen überwiegend lange arbeiten mußten, forderten sie, für die Woche einen halben Tag frei zu sein. In jener Zeit feste der Kampf um den blauen Montag ein. B. Schönlank sagte in seinem Werk: „Soziale Kämpfe vor 300 Jahren“: „Aus den Urkundenbüchern des 15. und 16. Jahrhunderts atmet uns ein Geist entgegen, so jugendlich und tatensüchtig, als wenn die Geschlechter längst verschwundener Menschen noch unter uns wandelten.“ — Nürnbergs Kaufleute zogen mit ihren Waren auf alle Messen und Märkte, bis nach Italien und den Niederlanden, so daß es bald hieß: „Nürnberger Tand geht durch alle Land“. Aber auch gute Erzeugnisse wurden hergestellt, wie besonders auf Einfuhr nur guter Rohmaterialien Wert gelegt wurde, was die Nürnberger Schau immer härter bewies. Die Kaufleute hatten häufig Kampf mit den adligen Strauchrittern. Die blaublütigen Strauchritter sahen in ihren Felleisern. Einer der bekanntesten Strauchritter war Eppelstein von Gailingen, der nach seiner Flucht vom Henkersfuß den Satz geprägt haben soll: „Die Nürnberger hängen keinen, sie hätten ihn denn zuvor“.

Im Jahre 1349 — dem Zeitpunkt der Wiedereinführung des Rates — wurden die Juden aus der Stadt vertrieben und an Stelle des Wohn-, sogenannten Judenviertels, befindet sich heute der Marktplatz.

Schon in den 40er Jahren des 14. Jahrhunderts mußte die erste Stadtumwallung einer neuen Platz machen, weil der alte Gürtel zu eng geworden.

In die damalige Zeit fallen auch die hauptsächlichsten Kirchenbauten, die heute noch eine Zierde der Stadt sind. Auch eine Reihe anderer Gebäude sowie Denkmäler datieren aus dieser Zeit, von denen hier nur einige genannt sein sollen: Die Lorenzkirche, im reinen gotischen Stil, wurde erbaut in den Jahren 1278 bis 1472. In schon das Äußere ein Prachtwerk, so das Innere erst recht, und hervorragende Künstler wie Veit Stoss, Adam Kraft, Hirsbruggel und andere haben an diesem Bau Proben ihres Könnens abgelegt.

Carner litt die Stadt Nürnberg unter den Kriegswirklungen des 30jährigen Krieges. Es kam damals die Zeit des Niederganges. So zählte die Stadt zu Beginn des 19. Jahrhunderts nur 25 000 Einwohner. Im Jahre 1870 waren es 80 000 Einwohner, vor Kriegsausbruch 370 000 Einwohner. Das neue Nürnberg war ein gewaltiger Ausfuhrmittelpunkt der Industrie. Dadurch wurde sie auch die Sätte harter Zwelge der verschiedensten Formen der Arbeiterbewegung. Im neuen Stadtrat eroberten von 59 Zinsen die sozialistischen Parteien 32 Mandate.

Die Geschichte ist ein guter Lehrmeister. Trotz Niedergang der Stadt sehen wir wieder stetigen Aufstieg, Vervollkommnung und Ausbau. So wie trotz aller Unterdrückung die Gesellen aus dem Mittelalter nicht hinweggestamotiert werden konnten, so wird es auch in Zukunft sein.

Neben manchem Prachtbau erregt auch die **Sebaldußkirche** ganz besonderes Interesse, die äußerlich wie innerlich ein Meisterwerk der Kunst darstellt. Hier ist vor allem das Grabmal des heiligen Sebalduß und der Hauptaltar, die beide ebenfalls von Zeit Stolz angefertigt wurden, zu erwähnen. Auch die **Frauenkirche** auf dem Marktplatz mit ihrem kunstvollen Uhrwerk bildet einen charakteristischen Stadtschmuck.

Ueber den Marktplatz gehend, zum Burgberg ansteigend, sehen wir gegenüber der Sebaldußkirche das **Rathaus**, das sehr wohl einer Besichtigung wert ist, insbesondere der große Rathausaal erweckt großes Interesse mit seinen wunderbaren Gemälden. Von Rathaus aus führt der Weg oberirdisch wie unterirdisch den Berg hinan zur Burg, in der sich noch die Folterwerkzeuge befinden, mittels derer man früher die Verbrecher zu Eingeküßnissen zwang oder die gefällten Urteile vollstreckte. Hier sei der „Eisernen Jungfrau“ besondere Erwähnung getan, die bereit ist, jeden Liebesbedürftigen nicht nur in ihre Arme, sondern gleich in ihr Herz zu schließen. Bei einem unterirdischen Gange vom Rathaus zur Burg, der sehr zu empfehlen ist, führt der Weg zur Sohle des Tiefenbrunnens, der 70 Meter tief, vom Scheitel des Burgberges, ausgegraben ist.

An Museen finden wir das **Germanische Museum**, eine der prächtigsten und hervorragendsten Altertumsammlungen in ganz Deutschland; ferner das **Verkehrsmuseum**, in dem sich u. a. die erste Lokomotive und die ersten Eisenbahnwagen befinden, die zwischen Nürnberg und Fürth als erste deutsche Eisenbahn liefen.

An Denkmälern seien vor allem genannt der **Reptunbrunnen** auf dem Marktplatz, der eine Nachahmung darstellt und dessen Original sich im Petershof in Petersburg befindet. Der „**Schöne Brunnen**“, ebenfalls auf dem Marktplatz, darf gleichfalls als ein hervorragendes Kunstwerk angesprochen werden; ebenso der **Tugendbrunnen** in unmittelbarer Nähe der Lorenzkirche. Nicht unerwähnt lassen wollen wir auch das **Denkmal Albrecht Dürers**, dessen Meisterwerke in der Gemäldesammlung des Germanischen Museums und an anderen Stellen zu finden sind, sowie auch des Dichters **Hans Sachs**, von dem man als Dichter und Meisterliedner auch anderwärts manches gehört. Mit Recht heißt es von Nürnberg:

Wenn einer Deutschland kennen
und Deutschland lieben soll,
Wird man ihm Nürnberg nennen,
der edlen Künste voll,
Tsch, nimmer noch veraltet,
Du alte, deutsche Stadt,
Was Dürers Kunst geirret,
Hans Sachs gesungen hat.

So werden unsere Kollegen in der Verbandstagswoche hoffentlich die Gelegenheit wahrnehmen, in den wenigen freien Stunden, die nicht der ersten Verbandstagsarbeit gewidmet sind, sich die schönen Künste Nürnbergs anzusehen und sie in ihrem Herzen behalten als das beste Andenken, das man von Frankens Hauptstadt nur mitnehmen kann.

Es ist gewiß für manchen unserer Kollegen ein eigen Ding mit solch einer Verbandstagsung. Aus weiter Ferne kommt er nun zum erstenmal nach Nürnberg. Da drängt vieles Neue auf ihn ein und „die Fülle der Gesichte“ gibt ihm wohl mancherlei neue Anregung. Möge er auch die eine noch mitnehmen: Sich später in stiller Stunde zurück-erinnern an die schönen Bauten, Plätze und besonders auch den Stadtwall mit seinen alten Mauern, die Nürnberg wunderbar umhüllen. Wer hier einmal bei Mondschein wandelt und in die tiefen Gärten schaut, der glaubt wohl gar den Elfenreigen tanzen zu sehen, von dem Hans Sachs gesungen hat. Die Poesie der alten guten deutschen Stadt Nürnberg wird leider immer mehr durch den Lärm der Industrie in den Hintergrund gedrängt.

Naturfreunde kommen immerhin auf ihre Rechnung, wenn sie sich die nahegelegene Fränkische oder Hersbruder Schweiz zum Ziel nehmen. Es sei hier nur an das **Wiesent-, Bilitz- oder Pegnitztal** erinnert, die alle an Romanen Wunderbares bieten. Von Ebermannstadt aus ist in ca. ½ Stunden die **Binghöhle** zu erreichen, eine der größten und schönsten Tropfsteinhöhlen Deutschlands. Weitere Höhlen und Bergruinen vervollständigen das Bild und bieten mit den Felspartien dem Auge des Wanderers an Naturschönheiten fast mehr als es fassen kann.

Vieles wäre noch zu sagen, doch nun wieder zurück, um der Entwicklung der Stadt, auch in der neuen Zeit, noch einige Worte zu widmen. Als die Stadt im Jahre 1806 an das Königreich Bayern überging, zählte sie 25 000 Einwohner; bis zum Jahre 1870 waren es deren 80 000 und heute zählt wohl Nürnberg fast 400 000 Einwohner. Es hat sich die Stadt über den damaligen Festungsgraben hinaus, der noch heute mit seinen 5 Türmen als Wahrzeichen der Stadt gilt, entwickelt.

Manches schöne Bild, innerhalb wie außerhalb des Stadtgrabens, bietet sich dem Beschauer. Insbesondere sei hier noch auf den **Duiventich** und den **Tiergarten** hingewiesen.

Eine vielseitige und umfangreiche Industrie hat sich in Nürnberg entwickelt, ist doch Nürnberg die größte Industrie- und Handelsstadt Süddeutschlands.

Aber nicht nur reich an historischen Sehenswürdigkeiten ist Nürnberg, sondern es spielte auch von Anfang an eine hervorragende Rolle in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Die Tagung des allgemeinen Arbeitervereins im September 1868 zu Nürnberg bedeutete für die Klassenbewusste Arbeiterschaft den Wendepunkt von der bürgerlichen Demokratie zur Sozialdemokratie. Von allem Anfang an war die Nürnberger Arbeiterschaft sowohl auf politischem wie auch auf gewerkschaftlichem und genossenschaftlichem Gebiete an erster Stelle zu nennen, und so haben wir heute eine sozialdemokratische Mehrheit auf dem Rathaus mit dem 2. und 3. Bürgermeister als Genossen. Dem Gewerkschaftskartell sind zurzeit rund 80 000 Mitglieder angeschlossen, und in der Konsumgenossenschaft rund 35 000 eingeschriebene Familien vereinigt.

Nürnberg ist auch als Kongressstadt sehr bekannt und es vergeht kaum ein Jahr, in dem sich nicht Vertreter der Arbeiterschaft, sei es zur Förderung der politischen, gewerkschaftlichen, genossenschaftlichen oder sportlichen Organisationen, in Nürnbergs Mauern zusammenfinden. So auch sind unsere Delegierten berufen, in der ersten Septemberwoche hier zu erster Beratung zusammenzukommen.

Wir heißen alle unsere Freunde und Kollegen aufs herzlichste willkommen, von dem Wunsche befeelt, es möge ihnen vergönnt sein, neue Mittel und Wege zu finden, unsere Organisation zum Segen und Nutzen aller so auszubauen, daß sie auch für die Zukunft allen an sie gestellten Forderungen gerecht werden kann.

Möge also der Nürnberger Verbandstag zu einem Markstein in der Geschichte unseres Verbandes werden. **Chret.**



Wie befessigen wir unseren Mitgliederstand?



oft alle unsere alten Mitglieder und Funktionäre haben sich angesichts des Riesenzuwachstums unserer Mitgliederzahl gelegentlich die Frage vorgelegt: „Wo und was seid Ihr zehn- und Hunderttausende gewesen in den Jahren vor der Revolution? Wo und was wäret Ihr, wenn die Revolution nicht gekommen wäre?“ So berechtigt für den ersten Augenblick diese Fragestellung erscheinen mag — sie ist überflüssig und daher unangebracht. Tatsachen sind hartnäckige Dinge! Das erkennt mancher allzu spät. Mit Tatsachen aber muß der Gewerkschaftler vornehmlich rechnen, und daß wir diese große Mitgliederzahl zurzeit erreicht haben, ist eben eine solche Tatsache! Darum wollen wir nicht an die Neugewonnenen die Frage richten: „Wo seid Ihr gewesen oder wo wäret Ihr geblieben?“, sondern wir wollen uns allen und namentlich den alten Mitgliedern die Frage stellen: „Was sangen wir mit den vielen neuen Mitgliedern an, und was müssen wir tun, um diese Viertelmillion dauernd unter den Fahnen der Organisation als tatkräftige Mitglieder und Kämpfer zu erhalten?“

Aus aller gewerkschaftlicher Erfahrung wissen wir, daß auch in früheren Jahren schon, und zwar wenn die Voraussetzungen gegeben waren, es oftmals mit wenig Mühe gelang, größere Arbeitermassen der Organisation zuzuführen. Doch wie oft mußten wir die Wahrheit des alten Sprichwortes feststellen, das uns sagte: „Wie gewonnen, so zerronnen!“ Nach kurzer Zeit fanden wir nur noch Trümmer vor; die holze Zahl der so leicht Gewonnenen war zusammengeschmolzen und leider allzu oft fanden wir wieder vor dem unorganisierten „Nichts!“ Jeder Gauleiter unseres Verbandes wird uns befehlen können, daß er ganze Ortschaften seines Gauces nicht nur einmal, sondern wiederholt organisiert hat und doch wollte es nicht gelingen, einen festen Stamm von Mitgliedern zur Filiale zu vereinen, der allen Stürmen Trotz bot und dauernd handhelt! Hierin also liegt der Schwerpunkt aller gewerkschaftlichen und organisatorischen Tätigkeit. Nicht Herzhelligkeit, nicht Eitragstiegen und sonstige „vorübergehende Erscheinungen“ können für uns von Nutzen sein, sondern der Organisation und vor allem aber den Neugewonnenen selbst wird nur gedient durch Festigung und Festhaltung des gewonnenen Gebietes. Haben wir das erkannt, und welcher gewerkschaftliche Praktiker stimmte dem nicht zu, so ist für unsere Fragestellung die Antwort leicht gegeben! Jedes neugewonnene Mitglied unserer Organisation erhält bei seinem Eintritt in die Gewerkschaft nicht nur Rechte, sondern es übernimmt auch Pflichten! Als oberste Pflichterfüllung aber gilt bei uns zunächst an sich selber, an seiner eigenen Ausbildung und Aufklärung zu arbeiten; hat man dieses getan, dann hat man das Recht sowohl wie auch die Pflicht, an die Ausbildung und Aufklärung der anderen zu denken.

Also, die geistige Durchbildung ist Vorbedingung unserer zukünftigen Erfolge, denn „Wissen ist Macht“, und Macht braucht die Arbeiterklasse auch im zukünftigen Sozialstaat. Sie kann nie genug, geschweige denn zuviel davon besitzen. Allgemeines Wissen und ganz besonders aber das spezielle Wissen über die Geschichte und Entwicklung der Arbeiterbewegung muß Allgemeinut unserer Mitglieder werden. Nur wer die Vergangenheit kennt, wird die Gegenwart begreifen, und dann erst wird man sich ein klares Bild über die Entwicklungsmöglichkeiten und Notwendigkeiten der nächsten Zukunft machen können. Die sozialistische und gewerkschaftliche Literatur muß deshalb unseren Mitgliedern durch unsere Bibliotheken zugänglich gemacht und deren Studium dringend empfohlen werden. Unsere Jahresberichte und sonstigen Publikationen, desgleichen unsere Presse bergen für das vorwärtsstrebende und nach Erkenntnis ringende Mitglied eine unerschöpfliche Fülle von Wissenswerten. Es ist durchaus keine Selbstbildung für unsere neuen Mitglieder, wenn wir ihnen sagen, daß ihnen das Augenmaß für die Wertung des durch die Arbeiterbewegung bisher Geleisteten noch mangelt. Das ist auch nicht in wenigen Tagen oder Wochen gelernt, sondern es gehört ein dauerndes ernstes Studium dazu, sich die rechte Erkenntnis anzueignen. Jedem ernstlich und kritisch denkenden Mitgliede wird es dabei passieren, daß es glaubte auf richtigem Wege zu sein und dann die Erfahrung machen mußte, einen Irrweg einge-

schlagen zu haben. Das ist kein Fehler, sondern ein Vorteil; denn die durch „Irrtum zur Wahrheit reisen, das sind die Weisen und nur die im Irrtum beharren, sind die Narren“.

Denken wir immer und immer wieder daran, daß die Arbeiterklasse eine große geschichtliche und ökonomische Aufgabe zu erfüllen hat. Denken wir daran, daß uns als letztes und erhabendstes Ziel nicht mehr und nicht weniger vorschwebt, als unsere auf Ausbeutung der Arbeiterklasse basierende kapitalistische Gesellschaftsordnung umzubilden in eine Gesellschaftsform, die weder Ausbeuter noch Ausgebeutete kennt, so wird es jedermann klar, daß diese Aufgabe nicht lediglich durch Lohnbewegungen, die uns namentlich jetzt allenfalls eine Vermehrung unseres jammervollen Papiergeldes, nicht aber eine entsprechende Sicher- und Besserstellung unserer Wirtschaftslage bringen, bewältigt werden kann. Es gehört ein planmäßiges Denken und Arbeiten dazu, das sich zur Aufgabe stellen muß, die soziale Stellung der Arbeiterklasse innerhalb der Gesellschaft auf eine Höhe zu bringen, die erst das Leben wert macht, gelebt zu werden.

Was von dem einfachen Mitgliede gilt, gilt natürlich in weit höherem Maße von denjenigen, die sich berufen fühlen oder von ihren Mitarbeitern berufen worden sind, bahnbrechend und beispielgebend voranzugehen. Wir denken hierbei an die Funktionäre und Vertrauensleute der Organisation, vornehmlich jedoch an die Arbeiterräte. Es ist heute leichter wie in der Zeit vor der Revolution, mit seiner ganzen Persönlichkeit sich in den Dienst der großen Sache zu stellen. Die Arbeiterräte sind eine Errungenschaft der Revolution. Es kommt nun aber nicht nur darauf an, Arbeiterräte zu haben, sondern vielmehr solche Arbeiterräte zu haben, die wissen was sie wollen, und die mit heiligem Bemühen und zäher Energie, mit Umsicht und Klugheit daran gehen, die Arbeiter und Arbeiterinnen des Betriebes vorzubilden und einzuschulen, damit sie den kommenden Aufgaben gewachsen sind.

Die Arbeiterräte selbstverständlich in inniger Arbeitsgemeinschaft mit der Organisation stehend, haben in der Tat Aufgaben zu vollbringen, über deren Bedeutung und Umfang sich leider noch sehr viele Mitglieder im Unklaren befinden. Die Arbeiterräte haben zunächst für Einheitlichkeit und Geschlossenheit der Organisation im Betriebe zu sorgen. Erst wenn diese vorhanden ist, haben die Arbeiterräte das Fundament auf dem sie weiterbauen können. Unorganisiert sein ist nicht immer eine Schande, aber unorganisiert bleiben ist unter den heutigen Verhältnissen nicht nur eine Schande, es ist ein Verbrechen, ja noch schlimmeres, es ist eine Tumbheit. Hier gilt es für die Arbeiterräte zuerst einzusehen. Unorganisiert darf es heutezulage in keinem Betriebe mehr geben. Die Arbeiterräte haben darüber zu wachen, daß das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter im Betriebe sein wesentlicher Lohn bleibt. Entlassung und Einstellung von Arbeitskräften müssen ihrer Kontrolle und ihrem Einfluß unterliegen. Die Innehaltung der gesetzlichen oder durch Tarif- oder Arbeitsvertrag gewährleisteten Arbeitsbedingungen sind genau zu überwachen. Alle Maßnahmen der Betriebsleitungen, die die Interessen der Arbeiterklasse berühren, sind vom Arbeiterrat zu prüfen und im Sinne der Arbeiter zu gehalten. Insbesondere ist Aufmerksamkeit zu richten auf eine moderne und dementsprechend soziale Gestaltung der Arbeits- und Betriebsbedingungen. Das Statut oder Regulative des Arbeiterrates bzw. der Arbeiterausschüsse gewissermaßen die verfassungsmäßigen Rechtsgrundzüge nach denen diese Körperlichkeiten wirken sollen, muß so gehalten sein, daß das Arbeiterrecht weitestgehende Berücksichtigung und Stütze darin findet. Am innigsten zusammenarbeiten mit den sonstigen Vertrauensmännern und Funktionären der Organisation wird es der Arbeiterrat zu ermutigen wissen, den Betrieb so zu gestalten, daß die jetzt in aller Munde stehende Sozialisierung der Betriebe verwirklicht werden kann. Ja, wir wollen ernstlich und unumschlichtlich die Sozialisierung der Betriebe so schnell wie nur irgend möglich durchführen. Die hierzu notwendigen Vorarbeiten müssen von der Arbeiterklasse und ihren Vertrauenspersonen, den Arbeiterräten, geschaffen werden. Die Vorbedingungen der Sozialisierung sind bei den für unsere Organisation in Frage kommenden Betrieben wohl ausnahmslos erfüllt. Die weitaus größte Zahl und überhaupt die bedeutendsten Betriebe befinden sich in öffentlicher Hand! Wo sie sich noch in Privatbesitz befinden, hat die Allgemeinheit entweder ein tatsächliches oder aber doch ein in hohem Maße moralisches Mitbestimmungsrecht sich gesichert. Wir haben es leichter als die für die Privatindustrie in Frage kommenden Arbeiterorganisationen,

die erst die eigentliche Macht des Privatkapitals zu überwinden haben, ehe sie an die Sozialisierung der Betriebe gehen können, wovon auch hier die Beschäftigung die größte Arbeit wird vollbringen müssen.

Genau stellen sich manche Leute unter Sozialisierung der Betriebe eine Aktion dar, die eigentlich alles andere nur seine Sozialisierung ist.

Hier wird es nun Aufgabe der Funktionäre und des Verbandes und namentlich der Arbeiterräte sein, das Verständnis der Arbeiterschaft über diesen großen sozialökonomischen Schritt der organisierten Arbeiterklasse zu wecken und zu erweitern.

Die Sozialisierung der Betriebe bedeutet nichts anderes als die Verwirklichung unseres am Rufe unserer Zeitung stehenden Wortes: „Staats- und Gemeindebetriebe sollen Musterbetriebe sein!“ Und zwar sollen sie Musterbetriebe sein in jeder Beziehung; auch ihre Nationalität und Leistungsfähigkeit sollen musterträchtig sein oder doch werden.

In in solchen Betrieben Beschäftigten sollen und dürfen in keiner Weise Ausbeutungsobjekte weder der Privatkapitalisten noch der Allgemeinheit sein. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen müssen unter ausschlaggebender Mitwirkung der Arbeiterschaft und ihrer Organe vorbildlich sein. Insbesondere muß der Ausbau des sozialen Arbeiterrechts, wie z. B. Urlaub, Ruhegeld, Vorkurszahlung in Krankheitsfällen usw. im fortschrittlichsten Sinne vorgenommen werden. Unter derartigen Maßnahmen braucht die Leistungsfähigkeit des Betriebes nicht zu leiden. Im Gegenteil, die Leistungsfähigkeit des Betriebes muß gerade infolge der durch die günstigen Arbeitsbedingungen gehobene Arbeitsfreudigkeit der Arbeiter gesteigert werden. Auch hierüber unsere Mitglieder aufzuklären, dürfte eine dankbare Aufgabe gerade der Arbeiterräte sein. Wir müssen den Nachweis führen, daß es nicht wahr ist, was von kapitalistisch interessierter Seite ständig in die Weltposaune wird, nämlich, daß die Arbeiter der öffentlichen Betriebe weniger leisten als die Arbeiter der Privatindustrie. Jetzt geht es zudem um einen höheren Preis! Kapitalistische Goldschreier lassen ihre Ankenrufe aus, die dahin gehen, die sozialistische Wirtschaftsweise, das sozialistische Gesellschaftsprinzip seien der kapitalistischen Produktionsweise unterlegen, diese und nicht jene stellen das leistungsfähigere Prinzip dar.

Die Augen der Arbeiterschaft der ganzen Welt, und nicht minder die des internationalen Kapitals, sind jetzt auf Deutschland und die deutsche Arbeiterschaft gerichtet. Wird es uns gelingen, den Sozialismus zum Siege zu verhelfen? Ist das der Fall, dann wird sich die Arbeiterschaft aller Kulturländer an dem Anschauungs-

unterricht, den ihnen die deutsche Arbeiterschaft erteilt, sehr viel schneller ein Vorbild nehmen als es den Kapitalisten lieb ist; erst dann werden wir eine „Weltrevolution“ erleben, auf die manche politische Ideologen zurzeit vergeblich hoffen.

Lassen wir aber einseitigen die Fernwirkung unserer sozialen Arbeit außer Betracht, denn das Hemde sitzt uns näher als der Rock, so müssen wir uns über die Wirkung unserer organisatorischen Tätigkeit auf die neuengewonnenen Mitglieder vollständig im klaren sein. Wir wollen und werden die Pessimisten, die Schwarzscher, unter uns haben überzeugen, daß es vorwärts geht und gehen muß in dem Maße und in der Richtung, in der wir unsere Kräfte einsetzen. Zielgenigen Massen aber, die zurzeit ihre Sturm- und Drangperiode durchleben, werden sich gerade unter dem Avome praktischer Mitbestimmung davon überzeugen müssen, daß es beim Vorwärtstürmen, beim Schalten neuer politischer, wirtschaftlicher und sozialer Staats- und Gesellschaftsformen nicht nur darauf ankommt, was man will, sondern vielmehr darauf, was man mit den zur Verfügung stehenden Kräften auch wirklich kann! Wir brauchen beide Gruppen, denn beide sind notwendig für den Fortschritt. Beide, die wägenden sowohl wie die wagenden Elemente! Worauf es ankommt ist nur, in allen unseren Mitgliedern das Vertrauen zur Organisation zu fesseln und zu erhalten. Jeder Kollege und jede Kollegin muß die festeste Überzeugung haben, daß die Organisation mit Anspannung aller ihr zur Verfügung stehenden Mitteln, fleißig und rastlos arbeitet im Interesse der Gesamtheit der Mitglieder.

Haben und erhalten wir das Vertrauen wach, dann haben und erhalten wir die Mitglieder nicht nur bei der Fahne, sondern wir werden uns das Vertrauen der noch abseits stehenden Berufsgenossen in steigendem Maße erwerben. Und darauf kommt es an!

Über seien wir uns darüber klar! Wollen wir diese Nietenarbeit, diese wahrhaft gigantische Aufgabe lösen, dann bedarf es dazu der zähen, energischen und freudigen Mitarbeit aller! Kopf und Hand, Geist und Gemüt müssen in den Dienst der Sache gestellt werden. Unermüdetlich und vom Glauben an die Durchführbarkeit unserer Ideale besetzt, müssen wir alle, der rechte Mann an rechten Place arbeiten. Nicht Aufgabe einzelner kann es sein, sondern die Kollektivarbeit aller nur kann das Werk vollenden. Darum darf es nicht nur heißen, hinein in die Organisation, sondern haltet fest und treu zur Organisation! Nur in der Ausdauer und Treue zur Organisation, nur beim Festhalten des einmal als richtig Erkannten, sind uns die Erfolge beschieden, die über den Augenblick des Tages hinausragen. Also vorwärts denn zum Kampf für eine bessere Zukunft für uns und unsere Kinder! Fritz Müntzer.

Die Gektion Krankenpflege, Massage- und Badepersonal.



is zur Revolution konnte das Organisationsleben der deutschen Arbeiterklasse nur langsam und systematisch entwickelt werden. Durch sie wurden aber Faktoren angeleitet, die unter Überwindung aller Widerstände und Hindernisse zu einem unerschütterlichen Aufschwung der gesamten Gewerkschaftsbewegung führten. Auch die zurückgebliebenen und unerschlossenen Bereiche wurden vom Strom der Zeit erfasst und mitgerissen. Und gerade die hier so urplötzlich frei gewordenen Kräfte drängen am unerschütterlichen vorwärts. Das ist durchaus begreiflich. Ein Beispiel dafür liefert die Entwicklung unserer Gektion Krankenpflegepersonal. Nur sehr langsam fand der Organisationsgedanke im Krankenpflegepersonal Eingang. Die Abgeschlossenheit der Kranken-, Heil- und Pflegeanstalten machte sie zur „berufenen“ Stelle, wo alle modernen Neigungen und Anschauungen, wenn solche sich einmal geltend zu machen drohten, am erfolgreichsten unterdrückt werden konnten. Manche Anhaltstellungen haben darin in der Vergangenheit Erhebliches geleistet und glaubten sich dadurch besondere Verdienste um die Erhaltung der Statusordnung erworben zu haben. Das Personal der Krankenpflege hat nur allzu oft die Maßgeblichkeit der Anhaltstellungen durch laues und gleichgültiges Verhalten noch gekürzt. Hinzu kommt, daß dem Krankenpflegepersonal fehlt, was in anderen Berufen den wirtschaftlichen Zusammenschluß besonders fördert, die einheitliche und gleichwertige Ausbildung, welche der Ausübung jedes Berufs voraussetzen muß. Der Krank-

pflegeberuf steht auch heute noch so ziemlich jedem offen, der sich zu seiner Ausübung berufen fühlt.

Die Anhalten leiten oft mehr Gewicht auf Miltalität als auf Fachkenntnisse des Einzuleitenden und nicht selten wurde beim Suchen nach Personal letent, daß Vorbildung in der Krankenpflege nicht erforderlich sei.

Daf diese Verhältnisse ist es in erster Linie zurückzuführen, daß das Krankenpflegepersonal bis in neueste Zeit hinein mit der ertümlichen Verablung abgesetzt wurde. Der unelernte Arbeiter, mochte er an einer noch so unbedeutenden Stelle stehen, wurde allgemein besser entlohnt als ein langjähriger Krankenpfleger, der außerdem auch noch eine erhebliche Beschränkung seiner persönlichen Freiheit mit in Kauf nehmen mußte. Eine ungeliebte Situation unter dem Personal war die Folge der Misachtung des Berufs, der von seinen Angehörigen ein ungewöhnlich hohes Maß von Liebe, Hingebung und Selbstverleugnung forderte. Das der Ruf der Krankenanstalten dadurch nicht erwarben konnte, liegt auf der Hand, und nicht zuletzt hatten auch die Kranken darunter zu leiden.

Es ist daher im Interesse des Personals, der Anhalten und der Kranken in erster Linie erforderlich, daß die Krankenpflege zu einem wirklichen Beruf emporgehoben wird, indem der Tätigkeit in demselben eine gute Ausbildung und die Aneignung einer Prüfung voraussetzt. Es wird niemanden einfallen, einen unerschuldeten jeder Fachkenntnisse baren Heizer oder Maschinenführer zur Bedienung eines Dampfkessels oder einer Maschine zuzulassen. Noch viel weniger sollte das bei der Behandlung kranker Menschen möglich sein, denn es handelt sich hier um viel höhere Güter, deren falsche Behandlung sehr leicht zum Verlust des

Wangen führen kann. Die Ausbildung des Krankenpflegers ist daher nicht minder wichtig als die eines beliebigen Handwerkers. Bei der großen Bedeutung, die das Heilwesen — besonders nach und durch den Krieg und dessen Folgen — gewonnen hat, erhält die Krankenpflege ein allgemein öffentliches Interesse. In Erkenntnis dessen wird der Ausbildung des Pflegepersonals bereits allseitig mehr Beachtung geschenkt. Neben Hamburg, wo schon seit längerem Ausbildungsstellen bestehen, sind nun auch solche in den Krankenanstalten der Stadt Berlin errichtet worden. Soll jedoch im Krankenpflegeberuf gründlich Wandel geschaffen werden, dann müssen Ausbildung und Prüfung auf gesetzlicher Grundlage und einheitlich für das ganze Reich geregelt werden, worauf das Augenmerk besonders zu richten sein wird.

Opferreiche Arbeit ist in unserer Organisation geleistet worden. Die Erfolge fanden aber in keinem Verhältnis zu der geleisteten Arbeit. Am Schlusse des Jahres 1913 zählte die Sektion 3391 Mitglieder, eine Zahl, die heute von der Filiale Berlin allein erheblich überstiegen ist. Der Krieg wirkte, wie auch in anderen Berufen, dezimierend auf die Organisation ein; mehr als die Hälfte der Mitglieder mußte dem Kriegsdienst fronen. Anfang und Stärke der Organisation sind aber bestimmend für ihr Wirken im Interesse der Angehörigen des Berufs, für den sie besteht. Daraus ergibt sich, daß in Anbetracht der unzulänglichen Organisationsverhältnisse im Krankenpflegeberuf keine durchgreifenden Verbesserungen für den Gesamtberuf erwirkt werden konnten. Das Krankenpflegepersonal behält daher nicht nur die unannehmliehen Lohn- und Arbeitsverhältnisse, für deren Aufrechterhaltung auch heute noch viele Anstaltsleitungen bemüht sind, sondern es konnte sich auch im öffentlichen Leben als Beruf keine Geltung verschaffen.

Die Weichen der neuen Zeit haben auch im Krankenpflegeberuf Welterung geschaffen. Seit dem 9. November 1918 ist es unaufhaltsam vorwärts gegangen. Anhalten, die früher uneinnehmbar schienen, sind inzwischen zu sehen. Stützpunkten der Organisation geworden. Der Widerstand verschiedener Anstaltsleitungen mußte dabei erst gebrochen werden. Nichts vermochte aber die geradezu glänzende Entwicklung der Sektion aufzuhalten. Das beweist am besten die ständige Anwesenheit der Auflage unseres Kampfergans, der „Sanitätswarte“. Während sie am Schluß des vorigen Jahres in 9000 Exemplaren erschien, hatte die Nummer 5 dieses Jahres bereits 19 000, die Nummer 10: 22 000, die Nummer 15: 32 000 und die Nummer 18: 36 000 Auflage. Diese Entwicklung berechtigt zu der Hoffnung, daß bald eine Auflage von 50 000 erreicht sein dürfte.

In sehr geringem Abstände von der Auflage der „Sanitätswarte“ folgt die Mitgliederzahl, so daß wir augenblicklich etwa 35 000 Mitglieder in der Sektion mühen können. Ein Erfolg, der jeden wahren Freund des Krankenpflegepersonals mit Freude und Genugtuung erfüllen muß.

Mit der Zunahme an Mitgliedern hat die Bewegung auch an Ausdehnung auf die verschiedensten Anstalten gewonnen. Neben den städtischen Kranken-, Heil- und Pflegeanstalten, die schon immer das Hauptkontingent an Mitgliedern für die Sektion stellen, sind Kreis- und Landkrankenhäuser, Provinzial- und Landesheil- und Pflegeanstalten, Universitätskliniken, Militär- und Knappschafts-lazarette, Heilstätten der Versicherungskörper und vom Kreuz, Vereins-Heilanstalten und sonstige Privatanstalten von der Organisation erfaßt worden. In einzelnen Bundesstaaten (Baden, Württemberg, Hessen) sowohl als auch in einigen preussischen Provinzen hat die Organisation in sämtlichen Anstalten Eingang gefunden, wie auch das Pflegepersonal sämtlicher kreislicher Universitätsanstalten zu den Mitgliedern unserer Sektion zählt.

Die so in die Breite gegangene Bewegung schuf einen völlig neuen Resonanzboden für das Wirken der Organisation. Zunächst galt es, die gewonnenen Freiheiten und die neu fundierten sozialen Rechte auch für das Krankenpflegepersonal in vollem Umfange zur Anwendung zu bringen.

Widerstände beträchtlicher Art waren dabei zu überwinden, da man vielerorts — besonders aber in den Provinzialheilanstalten — eifrig bestrebt ist, die alte Entrechtung des Krankenpflegepersonals auch in der neuen Zeit aufrechtzuerhalten und möglichst zu verewigen.

Die allgemeinen Erzeugnisse der neuen Zeit mußten naturgemäß gerade für die Neuzeit am bedeutendsten sein, für welche vorher die schlechtesten Verhältnisse bestanden, was besonders auf den Pflegeberuf zutrifft. Ein besonders heftiger Kampf erbrachte besonders um den 8. Stundenlohn. Auf Krusen der zukünftigen Reichsbehörden durch die Sektionsleitung, erwiderten diese zu unseren Gunsten. Trotzdem weichen sich viele Anstaltsleitungen noch der Weiterentwicklung durchzusetzen. Es wird daher, falls erforderlich, die ganze Kraft der Organisation zur Anwendung ge-

bracht werden müssen, um dem sozialen Rechte zur Geltung zu verhelfen. Nicht minder heftig mußte um das Mitbestimmungsrecht des Personals bei Festlegung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse gekämpft werden. Noch heute ist in staatlichen und anderen öffentlichen Anstalten die Wahl von Arbeiterausschüssen entsprechend der Verordnung vom 23. Dezember 1918 nicht erfolgt, und wo Ausschüsse errichtet wurden, wird oft versucht, sie möglichst auszuscheiden. Alle künstlich bereiteten Hindernisse werden es jedoch nicht vermögen, die Durchföhrung der berechtigten und gesetzlich begründeten Ansprüche des Pflegepersonals zu verhindern.

Das beweisen am besten die bereits erreichten Erfolge hinsichtlich der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Für das Personal der städtischen Anstalten wurde durch den Abschluß von Richtlinien mit dem „Städtetag“ eine neue feste Grundlage für die Neuordnung der gesamten Lohn- und Arbeitsverhältnisse geschaffen. In den Kreis-, Provinzial- und staatlichen Anstalten, in denen die Möglichkeit dazu gegeben war, wurde in gleicher Richtung vorgegangen. So gelang es bereits, 55 Tarifverträge zum Abschluß zu bringen und dem Mitbestimmungsrechte des Personals in den dabei erfaßten Anstalten Geltung zu verschaffen. In 22 Fällen ist das Pflegepersonal in den für die übrigen städtischen Betriebe abgeschlossenen Tarifverträgen mit einbezogen, und in 33 Fällen sind besondere Tarifverträge zum Abschluß gelangt.

Bei der Neuordnung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse gelang es auch zunächst in der Berechnung von Lohn und Gehalt bei Berechnung des Lohnes ein neues Prinzip zur Anwendung zu bringen. Die außerordentlich niedrigen Löhne wurden immer unter Berufung auf die gewöhnlichen Naturalbezüge zu rechtfertigen versucht. Diesem ist nun der Boden dadurch entzogen, daß Löhne und Naturalbezüge voneinander getrennt werden, durch Bekämpfung von Maximalhöhen, von denen dann für etwa gewünschte Naturalien (Wohnung, Kleidung) besondere bestimmte Beträge in Abzug kommen. Damit ist auch zugleich der Lohn- und Gehaltswahnsinn, der Vorzug vieler Arbeit, der Gehalt gemacht.

Die rechtlichen Fragen des Krankenpflegepersonals, um deren öffentliche Klärung die Sektion schon seit mehr als einem Jahrzehnt bemüht war, hatten nach der Kriegszeit. Es ist aber anzusehen, daß die Unklarheit in der sozialen Gesetzgebung zum Nachteil des Krankenpflegepersonals weiter aufrechterhalten werden kann. Im neuen Staat, dessen vernünftige Aufgabe die Gleichberechtigung gegenüber allen Staatsbürgern sein muß, darf es keine „Einkinder“ mehr geben. Primäre Notwendigkeit ist die Unterstellung des Personals unter die Unfallversicherung und die Befreiung aller Ausnahmen in den übrigen Versicherungsstellen. Aufzuerst muß aber vor allem mit dem Zustand werden, daß je nach dem Beschäftigungsgrad und der Rechtsverhältnisse, denen der Beschäftigte unterliegt, verschieden sind. Der Krankenpflegeberuf kann im Hinblick auf seine Dienste höherer Art, die unzulänglich und von einem Schlichtungsamt anerkannt wurden, fordern, fortan nicht mehr niederen Rechts zu sein.

Auch nach dieser Richtung hin haben die Bemühungen der Sektion bereits Erfolge gezeitigt. Im Reichsarbeitsministerium ist inzwischen ein Gesetzentwurf ausgearbeitet worden, welcher zur Zeit der Prüfung durch die Bundesregierungen und sonstigen Interessenten unterliegt. Der Sektionsleitung ist zunächst worden, daß auch sie als die wirtschaftliche Vertreterin des Krankenpflegeberufs vor Erledigung des Gesetzes zur Mitwirkung zugezogen werden wird.

Die Entwicklung der Sektion zeigt uns also Ermutigungen und Fortschritte nach allen Richtungen. So ermutigend es ist, diese Tatsachen feststellen zu können, so darf doch keinen Augenblick verabsäumt werden, daß trotzdem noch eine Riesearbeit zu bewältigen ist, um die Sektion innerlich und äußerlich auf die erforderliche Höhe zu bringen. Als eine der Hauptaufgaben muß es bezeichnet werden, die mit so großem Schwange einsetzende Bewegung neben der möglichst umfassenden Ausbreitung auch in der Tiefe zu verankern. Großes Gewicht muß daher auf gründliche Aufklärung über das Wesen, die Ziele und Aufgaben unserer Organisation gelegt werden, damit jeder Kollege und jede Kollegin erwidert und zielbewusste Mitarbeiter an ihrem eigenen Bestrebungsweck werden. In diesem Zweck wird besonders unser „Sanitätswart“ und „Kampfergan“ die „Sanitätswarte“ weiter auszuwickeln und zu vervollkommen sein, wozu in erster Linie das wöchentliche Erscheinen derselben erforderlich sein dürfte. Die zur Bewältigung der noch bevorstehenden großen Aufgaben erforderlichen Kräfte werden freizustellen sein, um sich mit großer Kraft der Förderung der Bewegung widmen zu können. Die Gesamtorganisation der Gemeinde- und Staatsarbeiter trägt dafür, daß das im weltanschaulichen Maße geschehen wird auch den sozialen Bedürfnissen der Sektion hinreichend Rechnung getragen werden muß. Marose.

Die Frauen in unserem Verband.



ine geradezu beispiellose Aufwärtent-
wicklung zeigt die Zahl der weiblichen
Mitglieder innerhalb unserer Organi-
sation. Am 1. Juli 1914 hatte die
Mitgliederzahl unseres Verbandes
ihren bis dahin höchsten Stand erreicht.
Wir zählten neben 52710 männlichen
auch 1707 weibliche Mitglieder. Kriegs-
ausbruch und Kriegsende haben diese
Zahlen gewaltig beeinflusst. Nach dem
raschen Sinken der Mitgliederzahlen
in der ersten Kriegszeit und dem
langsamem Steigen seit der Mitte des
Jahres 1918 hat sich nach dem 9. No-
vember 1918 auch in unsere Organisation ein gewaltiger Strom
neuer Mitglieder ergossen. Und noch immer wachsen wir. Am
1. Juli 1919 war die Zahl der Gesamtmitgliedschaft auf
über 220 000 gestiegen, d. h. sie hatte sich mehr als ver-
doppelt. Die Zahl der weiblichen Mitglieder hatte jedoch
eine bei weitem höhere Steigerung erfahren; sie war auf
46 622 angewachsen! Sie hatte also das 27fache der Zahl
von 1914 erreicht! Bei dieser Entwicklung, die besonders in den
Mitgliederstatistiken der letzten Monate gut zu sehen ist, darf ohne
weiteres angenommen werden, daß an dem Tage, an dem unsere
Vollversammlung sich in Nürnberg zur Wahlung des 8. Verbands-
rates versammelt, wir in unserem Verband rund 50 000 weibliche
Mitglieder begrüßen dürfen! Welch ein Wandel seit dem letzten
Verbandstag in Hamburg!

Die Vermehrung der Frauenarbeit ist allein keine
Erläuterung dafür; hier hat sich eine Revolution des Denkens voll-
zogen. Die Frauen haben endlich ein, welche gewaltigen Fort-
schritte gerade sie in ihrem Arbeitsverhältnis dem Wirken unserer
Organisation zu verdanken haben. Niemand hat wohl, um nur ein
Beispiel anzuführen, die Einführung des Achtstundentages, um
dessen Durchführung gerade wir so manchen darten Strauß aus-
leben mußten, mit größerer Freude begrüßt wie die Frauen. Sie
wollen, daß diese Arbeitszeitverkürzung nur auf die unermüdete
Pionierarbeit der Gewerkschaften zurückzuführen ist.

Aber auch eine gewisse Notwendigkeit ist es, die die Frauen heute
in die Gewerkschaften treibt. Der Konkurrenzkampf der Männer
gegen die Frauenarbeit macht sich allgemein, wie immer in Zeiten
der Arbeitslosigkeit, auch jetzt wieder sehr unangenehm fühlbar.
Mit der Verrückung, daß alle verfügbaren Arbeitsplätze den zu-
rückstehenden Kriegsteilnehmern freigehalten sind, wurde essen und
getrunken die Parole ausgerufen: Heraus mit den Frauen aus den
Betrieben! Auf Befehl einzelner Arbeiterausschüsse wurden
Frauen entlassen, die zum Teil ein Jahrzehnt und länger in Be-
triebe tätig waren, ohne Rücksicht darauf, welche Folgen diese Ent-
lassungen für die Frauen und ihre Familien mit sich brachten.
Wegen derartigen Vorkommnisse suchen die Frauen Schutz in den
Gewerkschaften. Sie erkennen, daß sie, um ihre Rechte
wahrzunehmen, selbst Einfluß gewinnen müssen auf die Organi-
sationen und Institutionen, in denen bisher der Wille der Männer
allein maßgebend war.

Leider sind es immer noch wenige, allzu wenige Frauen, die
wirklich aktiv in das Verbandesleben eingreifen. Der bloße Ein-
tritt in die Organisation genügt aber nicht, erst die Mitarbeit
ist die Entscheidende. Es darf nicht übersehen werden, und auch
unser Kollegen sollten das beherzigen, daß es im Leben und Ar-
beitsverhältnis der Frau Dinge gibt, die nicht lediglich vom Stand-
punkt des Mannes aus betrachtet und erledigt werden dürfen,
sondern bei denen es vor allen Dingen auf das Urteil der Frau
ankommt. Wir haben in allen Gewerkschaften weder Männer-
noch Frauenrechte, sondern lediglich Arbeiterrechte zu vertreten, und
da sich die Arbeiterschaft aus Männern und Frauen zusammen-
setzt, so müssen wir, um auch den Interessen unserer weiblichen
Mitglieder vollumfänglich gerecht zu werden, diese mehr und mehr zur
Mitarbeit heranziehen und erziehen. Notwendig ist aber in erster
Linie dabei, daß die Frauen selbst ihre Rechte geltend
machen, daß sie den Anspruch erheben, in allen Körperschaften
des Verbandes vertreten zu sein, und überall da hinzuzurechnen zu
werden, wo es gilt, die Rechte der Frauen zu wahren. Wenn wir
die alte gewerkschaftliche Forderung, „für gleiche Arbeit gleichen
Lohn“ endlich zur Durchführung bringen wollen, wenn wir ver-
hindern wollen, daß immer von neuem Tarifverträge abgeschlossen
werden, die diese Forderung gänzlich außer acht lassen und für
Frauen Löhne festsetzen, die in keinem Verhältnis zu der ge-

leisteten Arbeit und zu den Löhnen der Männer stehen, dann
müssen Frauen hinein in unsere Tarifkommissionen. Mit der
ihnen eigenen Berechnung und der ihnen gerade in dieser Frage
ganz besonders eigenen Sachkunde müssen die Frauen unseren
Arbeitgebern gegenüber das „Recht der Frau“ vertreten. Und
wie mit der Lohnfrage, so ist es auch mit der Frage des Ar-
beitsnennens, des Arbeitsnachweises und all den vielen
anderen Fragen, die in so ganz besonderer Weise das Interesse
der Frau berühren. Deshalb müssen bei den Wahlen der Ver-
trauensmänner, der Arbeiterausschüsse und Betriebsräte, bei den
Delegationen zu den Generalversammlungen, Verbandstagen und
Konferenzen, überall die Frauen geeignete Vorschläge aus ihren
Reihen machen und unter allen Umständen für die Wahl von
Frauen eintreten. Gewiß wäre es durchaus verfehlt und es
ließe, das Kind mit dem Bade ausschütten, wenn verlangt würde,
daß nun an Stelle des tüchtigen Mannes die unfähige Frau zur
Vertretung der Fraueninteressen heranzuziehen ist. Das soll in
keinem Falle geschehen. Aber dagegen müssen wir uns mit aller
Entschiedenheit wehren, daß die Frau lediglich aus dem Grunde
zurückgeschoben wird, weil sie „Frau“ ist. Die Beteiligung der Frauen
am letzten Gewerkschaftskongress hat bewiesen, daß hier noch sehr
viele im argeen liegt; wird es auf unserem Verbandstag besser sein?
Wir Frauen haben durch die Kraft der Revolution das höchste Recht
der Frau, die volle politische Gleichberechtigung erlangt, da dürfen
wir uns in den Gewerkschaften nicht weiterhin als Unmündige
behandeln lassen, sondern wir müssen selbst mitarbeiten bei der
Wahrnehmung unserer wirtschaftlichen Interessen, beim Ausbau
unserer gewerkschaftlichen Organisationen.

Wohl haben wir bereits unter unseren Vertrauensleuten und
Arbeiterausschussmitgliedern Frauen, die ihre Tätigkeit in einer
Weise ausüben, die jedem Manne nur als Vorbild dienen könnte,
aber in den Reihen unserer Angestellten fehlt das weibliche Element
fast ganz. Lediglich die Filiale Groß-Berlin hat bisher als erste
und einzige eine weibliche Agitationsleiterin angestellt. In allen
Gauen und auch im Hauptverband fehlt es an geeigneten Arbeits-
kräften. Auch hier sollten sich die Frauen bewerben. Freilich, die
aufreibende, alle persönlichen Wünsche hintersetzende, von viel-
fachem Mißtrauen begleitete und von schätzigen persönlichen An-
griffen leider nicht immer freie Tätigkeit der Gewerkschaftsan-
gestellten hat wenig Verlockendes für die Frauen an sich. Und doch
sollten und müssen sich auch hier Frauen finden, die aus Liebe
zur Sache, im Interesse ihrer Kolleginnen sich um diese Stellen
bewerben, damit auch hier mehr und mehr der Einfluß der Frauen
sich Geltung zu schaffen vermag.

Unsere Organisation ist in unauflöslichem Vorrang be-
griffen. Bei alledem gibt es noch viele tausende unorganisierte
Frauen in Staats- und Gemeindebetrieben, die sich bislang fern
hielten und wohl gar noch heute der Meinung sind, für sie habe
der Verband „noch keinen Zweck“. Diese Kolleginnen müssen auf-
gerollt werden. Und auch hierfür ist die Frau am geeignetsten!
Gerade weil wir noch zu wenig agitatorisch tätige Frauen haben,
ist der Prozentfuß der organisierten weiblichen Mitglieder so
zurückgeblieben. Hier erwacht unsern Kolleginnen ein Feld zwar
unbepflügt, aber auch dankbarer Agitationsarbeit. Je lieber
wir an diese Arbeit gehen, um so größer werden die Resultate
sein, und es ist jetzt — da die formale Gleichberechtigung der Ge-
schlechter härter denn je betont wird, Ehrensache, nun zu zeigen,
was wir leisten können.

So bietet sich den Frauen innerhalb unserer Organisation ein
weites Feld der Betätigung. Nun heißt es, alle weibliche Ehen
und Jagdstätigkeit beiseite lassen und frisch und unvergast mit ans
Werk gehen. Nicht jede Frau ist für jeden Posten geeignet, aber
für jede Frau, die mitarbeiten will, ist Arbeit zur Genüge vor-
handen. „Staats- und Gemeindebetriebe sollen Musterbetriebe
sein.“ Das ist das Motto unserer „Gewerkschaft“ und das Ziel
unserer Organisation. Dieses Ziel wird aber erst dann in vollem
Umfange zu erreichen sein, wenn genau so wie bei den sozialen
Einrichtungen des Staates und der Gemeinden, auch bei den
Vereinbarungen keine Unterschiede mehr zwischen Mann und
Frau gemacht werden. Wohl haben wir auf dem Wege zu diesem
Ziel bereits manchen Stein des Anstoßes aus dem Wege geräumt,
doch bleibt noch viel zu tun übrig. Hier mit Hand ans Werk
zu legen, ist Aufgabe unserer organisierten Frauen. 50 000 weib-
liche Mitglieder grüßen wir heute, mögen sie in kürzester Zeit zu
50 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiterinnen werden!

Marie Friedrich.

Internationale Grüsse



amerabtschaftliche Grüsse zu unserem Jubiläum. Aus Amsterdam geht uns namens der holländischen Bruderorganisation folgender Begrüßungsartikel zu:

Unter außerordentlichen Umständen kommen die Vertreter des Verbandes aus verschiedenen Teilen Deutschlands in Nürnberg zusammen, zur Beratung über die Mittel, welche angewendet werden müssen für die Hebung der Lebenslage der Arbeiterschaft im allgemeinen und besonders für die Arbeiter öffentlicher Betriebe. Die

November-Revolution hat, wie Fr. Engels einmal erhoffte, die Kronen der deutschen Fürsten dukendweise über das Pflaster rollen lassen, und keiner hat sich unterhanden, sie aufzuheben. Die Arbeiterschaft hat mit einem Schlag einem Regierungssystem, das nicht mehr in diese Zeit paßt, ein Ende gemacht und hat selbst die Regierung in die Hände genommen. Die Arbeiterschaft Deutschlands läßt augenblicklich einen politischen Einfluß aus, wie man sehr wahrscheinlich in keinem anderen Lande nachweisen kann und es kann nicht ausbleiben, daß auch die Organisation von Staat und Gemeinde darauf Rücksicht nimmt.

Selbstverständlich wird auch der Verbandstag in Nürnberg in diesem Zeichen stehen und die Fragen, welche auf die Tagesordnung gebracht werden, übersteigen alle früheren Besprechungen.

Mit Interesse werden die Arbeiter im Dienst der Gemeinschaft anderer Länder davon Kenntnis nehmen. Wenn es den Vertretern gelingen wird, die Beratungen erfolgreich zu führen, so werden die Beschlüsse eine Richtschnur sein für die Organisationen der Arbeiter öffentlicher Betriebe von ganz Europa, ja sogar von der ganzen Welt!

Ich beachtliche nicht, hier die in Betracht kommenden Fragen zu besprechen, will aber doch darauf aufmerksam machen, daß die Möglichkeit von Sozialisierung des Grundes und der Arbeitsmittel zum größten Teil abhängig sein wird von der Weisheit, wie Euer Bund sich seiner Aufgabe entledigen wird. Es ist meine feste Überzeugung, daß wir, die Ihrem Verbandstag zu Nürnberg hoffen beizuwohnen, die Besprechungen unserer deutschen Kollegen in Holland besuchen werden können, und wie zweifeln nicht, daß es den Vertretern gelingen wird, sich an den Debatten zu beteiligen mit dem Bewußtsein der großen Verantwortlichkeit, welche getragen werden muß, wenn solche wichtigen Fragen gelöst werden sollen. Die Zahl der Mitglieder Ihres Verbandes ist in die Höhe gekommen zu zehntausenden; vielleicht wird heute schon die Zahl von 250.000 erreicht sein. Eine der Fragen, welche zur Lösung gebracht werden muß, ist gewiß die Erziehung der Masse zu gleichberechtigten Mitgliedern.

Das Programm des Verbandes, das sofort in Nürnberg festgelegt werden wird, steht völlig im Zeichen der jetzigen großen Zeit; es gehört zur Aufgabe unserer deutschen Kollegen, den Grund zu legen, auf welchem sofort auf der Internationalen Konferenz weiter gebaut werden kann.

Ich will noch einige Worte unserer Internationale widmen. Im Jahre 1907 in Stuttgart definitiv gegründet, hat sie sowie so viele ihrer Schicksalsgenossen der vernichtenden Wirkung des schrecklichen Weltkrieges nicht widerstehen können. Seit 1913 sind die Vertreter der verschiedenen Organisationen, welche unsere Internationale bildeten, nicht mehr zusammengekommen und während der letzten Jahre waren alle Verbindungen zerfallen. Nun endlich die Kanonen schweigen, das Knötchen der Mittellisten beendigt ist, ist auch die Zeit angebrochen, zur Wiederherstellung der zerfallenen internationalen Verbindungen.

Es wird nicht so leicht gehen, eine neue Internationale öffentlicher Betriebe zu gründen, zu urteilen nach dem von den gewerkschaftlichen Zentralen in Amsterdam abgehaltenen Kongress. Noch

immer spielen gewisse Gefühle nationaler Gegenätze — wir lassen dahingestellt, ob dazu gerechtfertigte Gründe vorliegen — eine Rolle. Die Bildung des Vorstandes des Internationalen Gewerkschaftsbundes liefert den Beweis dafür. Aber wie schwer es fallen mag, die Arbeiter aller Länder müssen der Ansicht werden, daß die Nationalgefühle keinesfalls die internationalen Gedanken beherrschen dürfen.

Es gehört ebenfalls zum Auftrage Ihres Verbandstages für Deutschland, eine Entscheidung zu treffen bezüglich der Wiederaufknüpfung der internationalen Beziehungen. Aus dem neutralen Holland hat Ihre Organisation ein Rundschreiben empfangen, enthaltend eine Einladung zu einer Internationalen Konferenz in Amsterdam. Ich hoffe mit ganzem Herzen, daß unsere deutschen Kollegen, die nimmer zurückzubleiben sind, wenn ihre internationale Solidarität in Anspruch genommen wurde, auch jetzt beschließen könnten, alles beizutragen, um unsere zweite Internationale zustande zu bringen.

Wir werden zusammenarbeiten müssen, um die großen Fragen, welche sich in dieser großen Zeit erheben, in Einklang zu bringen mit den Interessen der arbeitenden Klasse.

Der Kapitalismus hat national und international nur Elend verursacht. Er darf keinesfalls auf neue Gelegenheit haben, so gleich wieder Blut in Strömen fließen zu lassen und das Bildungsniveau jahrzehntelang herunterzudrücken.

Nur die neue internationale Arbeiterbewegung kann das mit selbstgewonnener Kraft einhalten. Möge sie sich zur Aufgabe machen, den Kampf gegen alle rückständigen Mächte aufzunehmen.

Deutsche Kameraden! Es magen rufe ich Ihnen die geklärten Worte unseres arabischen Vorläufers Marx zu: „Proletariat aller Länder vereinigt Euch!“ A. van Hinte.

Aus Kopenhagen erhielten wir folgendes Begrüßungsschreiben: Werte Kollegen! In einer für Euer Vaterland unglücklichen Zeit tritt der achte Verbandstag des Deutschen Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter zusammen.

Was die Oberklasse Eures Vaterlandes verbrochen hat, wird jetzt gefordert, daß das deutsche Volk und besonders die deutsche Arbeiterschaft durch Klarheit eines Jahresichts es sühne. Mit Freude hat die Kapitalmacht gesehen, daß die Bande, welche den Arbeiter in der zweiten Arbeiterinternationalen zusammenhielt, gesprungen sind, und nicht fürchten sie mehr, als daß die Arbeiter in allen Ländern abheben von allen gegenseitigen Streitigkeiten, um an demselben Tag zu wenden gegen den gemeinsamen Feind, die kapitalistische Oberklasse.

Indem wir Euren Verbandstag unsere Grüsse senden, drücken wir die Hoffnung aus, daß dieser außer den gewiß vielen ernsthaften Fragen, die auf die Tagesordnung des Verbandstages gestellt sind, auch Eure Zustimmung geben will zur Wiederaufknüpfung der Bande, die früher die internationale Arbeiterbewegung zusammenhielt. Mit kollektalem Gruß Kommunistischer Arbeiterbund, A. van Hinte. Der Vorstand Nielsen, Sekretär.

Aus Stockholm erhielten wir von der schwedischen Bruderorganisation folgendes Begrüßungsschreiben:

Da unser deutscher Bruderverband jetzt nach allen Schwierigkeiten, die er während der letzten Jahre zu durchschreiten gehabt, zu einem neuen Verbandstage zusammenkommt, fühlen wir es als unsere Pflicht, durch Euer Jahrbuch dem Verbandstage unsere innigsten Grüsse und unsere besten Glückwünsche zu einem guten und für die Zukunft ausschlaggebenden Erfolg der Verhandlungen, zu senden. Mögen die Beschlüsse des Verbandstages zu Nutzen Eurer zahlreichen Mitglieder werden, und auch solche Beschlüsse fassen, die die Möglichkeit zur Wiederaufnahme unserer internationalen Beziehungen geben werden.

Stockholm, den 8. August 1919. Mit brüderlichem Gruß für E. Kommunistischer Arbeiterbund fürbunden's Zentrale. E. Nordgren.



Würzburger Brief.

Würzburg war eine der ersten Städte Bayerns, die die Löhne der städtischen Arbeiter tariflich geregelt haben. In der Erwartung einer baldigen Besserung der wirtschaftlichen Lage und damit einer Senkung der Lebensmittelpreise erfolgte im März 1919 die Festsetzung äußerst bescheidener Lohnsätze. Die verfloßenen Monate brachten uns nun den ungeheuren und unheimlichen Aufschwung der Preise der notwendigsten Bedürfnisse. Mit 42 bis 60 Mfl. Wochenverdienst und einer monatlichen Teuerungszulage von 11, 14 und 18 Mfl. und 10 Mfl. Kinderzulage mußte der städtische Arbeiter sein Dasein fristen. Daß unter solchen Umständen die Verbeisführung eines Ausgleichs notwendig wurde, dürfte jedem denkenden Menschen verständlich sein. Wenig Verständnis fand die Forderung von 30 Mfl. wöchentlich Teuerungszulage, 500 Mfl. einmaliger Zulage für die städtischen Arbeiter und 1.50 Mfl. pro Stunde Arbeitslohn für die Notstandsarbeiter bei der Stadtverwaltung. Im entrüsteten Ton sprach man von unerhörten Forderungen und von „Erpressung“, weil als Erledigungstermin der 1. August bestimmt wurde. In vom Kampfesgeist und tiefem Ernst befeelten Sitzungen war die Einigung ungemein schwer, und gelang schien es, als ob die Anwendung des letzten Kampfmittels unvermeidlich sei. Da brachte eine am 1. August von 800 Personen bezogene Versammlung die Entscheidung. Der 1. Bürgermeister Herr Grisefer machte mit eindringlichen Worten zur Ruhe und Besonnenheit und legte die Unmöglichkeit des strikten Festhaltens an den Forderungen dar. Auch die Arbeitervertreter ersuchten um Bewegungskraft zur Verhandlungsgrundlage. Hierauf nahm die Versammlung den mit 391 Stimmen gefaßten Streikbeschuß vom 30. Juli zurück und sprach den Vertretern das weitere Vertrauen aus. Das Resultat dieses Kampfes ist nun ab 6. August 18 Mfl. wöchentliche Zulage, 500 Mfl. einmalige Zulage, zahlbar in 8 Raten, 125 Mfl. Mitte August, 125 Mfl. Mitte September, 250 Mfl. wenn das Reich einmalige Zulagen gewährt. Die Notstandsarbeiter erhalten bis zu 1.50 Mfl. die Stunde, Facharbeiter 1.80 Mfl. Dieser Lohn wird rückwirkend bis 28. Juni gezahlt. Der endgültige Abschluß des Tarifvertrages ist mit dieser neuerlichen Regelung nun erfolgt. Wesentliche Verbesserungen haben die städtischen Arbeiter auf verschiedenen Gebieten erlangen, nun heißt es, das Erreichte festzuhalten und das ganze Arbeitsverhältnis zu festigen und weiter auszubauen. Die Betriebsräte und Ausschüsse müssen ihre Aufgaben erfassen lernen und sinngemäß zur Anwendung bringen.

Auch bei den staatlichen Arbeitern hat sich reges gewerkschaftliches Leben in der Filiale Würzburg entwickelt. Für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Wein-, Obst- und Gartenbauerschule Weitzhöchheim wurde am 7. August ein Tarifvertrag abgeschlossen, der eine 40 prozentige Lohnhöhung vorsieht und die monatliche Teuerungszulage beibehält. Auch hier glaube die Direktion schon im Frühjahr eingereichte Forderungen mit einer Handbewegung als unerschicklich abzutun. Stärker jedoch als Gedanken von Betriebsleitern und Direktoren sind die Verhältnisse. Nicht alle Wünsche haben Berücksichtigung gefunden, die Zeit muß für die Kolleginnen und Kollegen der Lehrmeister sein, auf dem gelegten Fundament aufbauend weitere Rechte zu erwerben.

Die Straßen- und Flußbauamtsarbeiter kämpfen ebenfalls für die Verbesserung ihrer Lage. Auch für diese Arbeiter wurden die Löhne tariflich den Zeitverhältnissen angepaßt. Den Kollegen im Straßen- und Flußbauamt ist wiederholt zugurufen, sich bis zum letzten Mann zu organisieren. Die weitverstreuten Arbeitsstellen und die entlegenen Wohnstätten dürfen kein Hindernis für die Interessenvertretung bilden. Es mag besonders hier schwer fallen, an eine intensive Verbesserung des ganzen Arbeitsverhältnisses heranzutreten, aber es muß und wird auch hier vorwärts gehen, wenn die Kollegen selbst es ernstlich wollen.

Aus Politik und Volkswirtschaft

Genossenschaftliches.

Die Volkshilfe, Genossenschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungsgesellschaft (Hamburg), ist mit ihrem 6. Jahresbericht an die Öffentlichkeit getreten. Die in ihm enthaltenen Informationen tun überzeugend dar, daß ein Unternehmen, wenn es aus einem unabwiesbaren Volksbedürfnis heraus entstanden und

auf gesunder Grundlage aufgebaut ist, durch nichts in seiner Entwicklung aufgehalten werden kann. Auch nicht durch einen mehr als vierjährigen Weltkrieg und durch eine das ganze Wirtschaftslieben auf- und unterwühlende Revolution.

Es bestanden:	Ende 1918	Ende 1918
1. an Versicherungen	70 125	202 098
	Mt.	Mt.
2. mit einer Versicherungssumme von	12 912 908,—	60 251 141,—

An Einnahmen waren zu verzeichnen:		
1. Prämien	1 080 492,—	5 178 418,—
2. Zinsverträge	25 126,—	449 888,—

Es wurden gezahlt an Versicherungsleistungen	866,—	819 580,—
--	-------	-----------

Der Bestand der verschiedenen Reserven betrug:		
1. eigene Reserven	1 100 591,—	1 796 189,—
2. Gewinnreserve der Versicherten	48 300,—	978 594,—
3. Prämienreserven der Versicherten	701 381,—	10 603 879,—
Ueberschüsse wurden erzielt	66 066,—	500 218,48
Das bare Vermögen betrug	1 104 914,—	11 400 789,—

Darvon waren belegt in:		
1. Hypotheken an Konsumvereine, Gewerkschaftshäuser usw.	540 000,—	5 089 604,—
2. Wertpapieren und Gemeindepfandbriefen	478 500,—	5 741 950,—
3. Bankgeldern	72 525,—	433 845,—

Das voll eingezahlte Aktienkapital von 1 000 000 Mark darf laut Gesellschaftsvertrag nur mit höchstens 4 Proz. verzinst werden.

Gewinnanteile erhalten Aufsichtsrat und Vorstand nicht.

Alle Ueberschüsse erhalten die Versicherten:		
1913: von 66 066,— Mfl. an die Versicherten	48 300,—	Mfl.
1918:	500 218,—	849 847,—

Die Differenzbeträge wurden zur Verzinsung des Aktienkapitals und zur Ausstattung der vorgeschriebenen Reserven verwendet:

1913: 18 213,— Mfl.; 1918: 140 048,— Mfl.

Darum: Arbeiter! Angestellte! Versichert Euch bei Euch, von Euch selbst geschaffenen Unternehmen. Stellt ihm Euch als Werber zur Verfügung, damit es zum Segen aller Arbeitnehmer die alleinige Versicherungsanstalt des arbeitenden Volkes werde. Rechnungsstellen an allen größeren Orten.

Aus unserer Bewegung

Darmstadt. Eine bevorstehende Arbeitsniederlegung, die in den Reihen der Gas- und Elektrizitätsarbeiter erheblichen Boden gewann, ist durch eine Verhandlung, die am 15. August zwischen Bürgermeisterei und Arbeiterschaft stattfand, vorläufig erledigt worden. Stadtv. Delp gab entsprechende Zusicherungen auf Berücksichtigung des Beschlusses der am Freitag, den 15. August, abgehaltenen Vollversammlung der städtischen Arbeiter, über deren Verlauf das Folgende berichtet wird: Der Vorsitzende Riß erläuterte den Werdegang der Bewegung seit letzten Sonnabend. Auf die Entschlieung, die an die Stadtverwaltung gesandt wurde, ging eine längere Antwort zu, die anerkennt, daß eine Rottlage herrscht und in schnellster Frist für Beihilfen gesorgt werden soll. Er habe einen Antrag an die Bürgermeisterei eingebracht, in dem gefordert wird, die Stadt möge den Arbeitern einen gewissen Betrag als Vorschuß gewähren. Beigeordneter Burgbaum war dem Antrag nicht abgeneigt und ersuchte, diesen Wunsch in Form eines Beschlusses von der Versammlung am Freitagnachmittag an ihn gelangen zu lassen. Er unterstütze dies und sei der Gewißheit, daß die Stadtverordnetenversammlung die Genehmigung erteilen werde. Genosse Riß begrüßte noch die Stellungnahme der Parteien in der Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag, die als der Rottlage der städtischen Arbeiter durch Bewilligung eines festzusetzenden Betrages abhelfen wollen. Hierauf fand freie Aussprache statt. Als erster Redner war Beigeordneter Delp eingesetzt, den aber eine rabulale Gruppe nicht zu Wort kommen lassen wollte. Nach großer Mühe der Verammlungsleitung konnte nach längerem, sehr heftigen Auseinandersetzungen Delp endlich sprechen. Gauleiter Weder und Vorsitzender Riß mußten den minutenlangen Entrüstungssturm bändigen und wiesen die durchaus ungerechtfertigten Anschuldigungen gegen Delp mit aller Energie und Tatkraft zurück. Gen. Delp betonte, daß die Stadtverwaltung den gestellten Forderungen nicht feindlich gegenüberstehe, weshalb auch kein Grund zum Streik vorhanden sei, wenn die Forderungen anerkannt und bewilligt werden. Der Beamt-

Internationale Grüsse



amerabschaftliche Grüsse zu unserem Jubiläum. Aus Amsterdam geht uns namens der holländischen Bruderorganisation folgender Begrüssungsartikel zu:

Unter außerordentlichen Umständen kommen die Vertreter des Verbandes aus verschiedenen Teilen Deutschlands in Nürnberg zusammen, zur Beratung über die Mittel, welche angewendet werden müssen für die Hebung der Lebenslage der Arbeiterschaft im allgemeinen und besonders für die Arbeiter öffentlicher Betriebe. Die November-Revolution hat, wie Fr. Engels einmal erhoffte, die Kronen der deutschen Fürsten duftendweise über das Pflaster rollen lassen, und keiner hat sich unterhanden, sie aufzuheben. Die Arbeiterschaft hat mit einem Schlag einem Regierungssystem, das nicht mehr in diese Zeit paßt, ein Ende gemacht und hat selbst die Regierung in die Hände genommen. Die Arbeiterschaft Deutschlands ist augenblicklich einen politischen Einfluß aus, wie man sehr wahrheitslich in keinem anderen Lande nachweisen kann und es kann nicht ausbleiben, daß auch die Organisation von Staat und Gemeinde darauf Rücksicht nimmt.

Selbstverständlich wird auch der Verbandstag in Nürnberg in diesem Zeichen stehen und die Fragen, welche auf die Tagesordnung gebracht werden, übersteigen alle früheren Besprechungen.

Mit Interesse werden die Arbeiter im Dienst der Gemeinschaft anderer Länder davon Kenntnis nehmen. Wenn es den Vertretern gelingen wird, die Beratungen erfolgreich zu führen, so werden die Beschlüsse eine Richtschnur sein für die Organisationen der Arbeiter öffentlicher Betriebe von ganz Europa, ja sogar von der ganzen Welt!

Ich beabsichtige nicht, hier die in Betracht kommenden Fragen zu besprechen, will aber doch darauf aufmerksam machen, daß die Möglichkeit von Sozialisierung des Grundes und der Arbeitsmittel zum größten Teil abhängig sein wird von der Weise, wie Euer Bund sich seiner Aufgabe entledigen wird. Es ist meine feste Überzeugung, daß wir, die Ihrem Verbandstag in Nürnberg hoffen beizuwohnen, die Besprechungen unserer deutschen Kollegen in Holland kennen werden können, und wir zweifeln nicht, daß es den Vertretern gelingen wird, sich an den Debatten zu beteiligen mit dem Bewußtsein der großen Verantwortlichkeit, welche getragen werden muß, wenn solche wichtigen Fragen gelöst werden sollen. Die Zahl der Mitglieder Ihres Verbandes ist in die Höhe gegangen zu Zehntausenden; vielleicht wird heute schon die Zahl von 250.000 erreicht sein. Eine der Fragen, welche zur Lösung gebracht werden muß, ist gewiß die Erziehung der Masse zu zielbewußten Mitgliedern.

Das Programm des Verbandes, das sofort in Nürnberg festgesetzt werden wird, steht völlig im Zeichen der jetzigen großen Zeit; es geht zur Aufgabe unserer deutschen Kollegen, den Grund zu legen, auf welchem sozietlich auf der Internationalen Konferenz weiter gebaut werden kann.

Ich will noch einige Worte unserer Internationale widmen. Im Jahre 1907 in Stuttgart definitiv gegründet, hat sie sowie so viele ihrer Schicksalsgenossen der vernichtenden Wirkung des schrecklichen Weltkrieges nicht widerstehen können. Seit 1913 sind die Vertreter der verschiedenen Organisationen, welche unsere Internationale bildeten, nicht mehr zusammengekommen und während der letzten Jahre waren alle Verbindungen zerfallen. Nun endlich die Stänionen schweigen, das Rostern der Metallketten beunruhigt ist, ist auch die Zeit angebrochen, zur Wiederherstellung der zerfallenen internationalen Verbindungen.

Es wird nicht so leicht gehen, eine neue internationale öffentlicher Betriebe zu gründen, zu urteilen nach dem von den gerechtfertigten Zentralen in Amsterdam abgehaltenen Kongress. Noch

immer spielen gewisse Gefühle nationaler Geziensühe — wir lassen dahingestellt, ob dazu gerechtfertigte Gründe vorliegen — eine Rolle. Die Bildung des Vorstandes des Internationalen Gewerkschaftsbundes liefert den Beweis dafür. Aber wie schwer es fallen mag, die Arbeiter aller Länder müssen der Ansicht werden, daß die Nationalgefühle keinesfalls die internationalen Gedanken beherrschen dürfen.

Es gehört ebenfalls zum Auftrage Ihres Verbandstages für Deutschland, eine Entscheidung zu treffen bezüglich der Wiederanknüpfung der internationalen Beziehungen. Aus dem neutralen Holland hat Ihre Organisation ein Rundschreiben empfangen, enthaltend eine Einladung zu einer Internationalen Konferenz in Amsterdam. Ich hoffe mit ganzem Herzen, daß unsere deutschen Kollegen, die nimmer zurückzubleiben sind, wenn ihre internationale Solidarität in Anspruch genommen wurde, auch jetzt beschließen könnten, alles beizutragen, um unsere zweite Internationale zustande zu bringen.

Wir werden zusammenarbeiten müssen, um die großen Fragen, welche sich in dieser großen Zeit erheben, in Einklang zu bringen mit den Interessen der arbeitenden Klasse.

Der Kapitalismus hat national und international nur Elend verursacht. Er darf keinesfalls aufs neue Gelegenheit haben, so gleich wieder Blut in Strömen fließen zu lassen und das Bildungsniveau Jahrzehntelang herunterzudrücken.

Nur die neue internationale Arbeiterbewegung kann das mit selbstbewußter Kraft einhalten. Möge sie sich zur Aufgabe machen, den Kampf gegen alle rücksichtlosen Mächte aufzunehmen.

Deutsche Kameraden! Erwachen rufe ich Ihnen die gewaltigen Worte unseres großen Verkämpfers Marx zu: „Proletarier aller Länder vereinigt Euch!“ N. van Sinto.

Aus Kopenhagen erhielten wir folgendes Begrüßungsschreiben: Werte Kollegen! In einer für Euer Vaterland unglücklichen Zeit tritt der achte Verbandstag des Deutschen Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter zusammen.

Was die Oberklasse Eures Vaterlandes verbrochen hat, wird jetzt gefordert, daß das deutsche Volk und besonders die deutsche Arbeiterklasse durch Entwerfung eines Jahreshefts es sühne. Mit Freude hat die Kapitalmacht gesehen, daß die Bande, welche den Arbeiter in der zweiten Arbeiterinternationale zusammenhielt, gelöst worden sind, und nichts fürchten sie mehr, als daß die Arbeiter in allen Ländern absehen von allen sozialen Streitigkeiten, um achamelt sich zu wenden gegen den gemeinsamen Feind, die kapitalistische Oberklasse.

Indem wir Euer Verbandstag unsere Grüsse senden, drücken wir die Hoffnung aus, daß dieser außer den gewiß vielen wichtigsten Fragen, die auf die Tagesordnung des Verbandstages gestellt sind, auch Eure Zustimmung geben will zur Wiederanknüpfung der Bande, die früher die internationale Arbeiterbewegung zusammenhielt. Mit kollektalem Gruß Kommunistischer Arbeiterbund, N. van der Vorhand Nielsen, Sekretär.

Aus Stockholm erhielten wir von der schwedischen Bruderorganisation folgendes Begrüßungsschreiben:

Da unser deutscher Bruderverband jetzt nach allen Schwierigkeiten, die er während der letzten Jahre zu durchlaufen gehabt, zu einem neuen Verbandstage zusammenkommt, fühlen wir es als unsere Pflicht, durch Euer Rundblatt dem Verbandstage unsere innigsten Grüsse und unsere besten Glückwünsche zu einem neuen und für die Zukunft allüberwindenden Geschehen der Verhandlungen zu senden. Mögen die Beschlüsse des Verbandstages zu Nutzen Eurer zahlreichen Mitgliedern werden, und möge solche Beschlüsse fassen, die die Möglichkeit zur Wiederanknüpfung unserer internationalen Beziehungen geben werden.

Stockholm, den 8. Januar 1919. Mit herzlichem Gruß für E. Kommunistischer Arbeiterbund des Schwedens E. Nordgren.

Würzburger Brief.

Würzburg war eine der ersten Städte Bayerns, die die Löhne der städtischen Arbeiter tariflich geregelt haben. In der Erwartung einer baldigen Besserung der wirtschaftlichen Lage und damit einer Senkung der Lebensmittelpreise erfolgte im März 1910 die Festsetzung äußerst bescheidener Lohnsätze. Die verfloffenen Monate brachten uns nun den ungeheuren und unheimlichen Aufschwung der Preise der notwendigsten Bedürfnisse. Mit 42 bis 60 Ml. Wochenverdienst und einer monatlichen Teuerungszulage von 11, 14 und 18 Ml. und 10 Ml. Kinderzulage mußte der städtische Arbeiter sein Dasein fristen. Tag unter solchen Umständen die Verbeisführung eines Ausgleichs notwendig wurde, dürfte jedem denkenden Menschen verständlich sein. Wenig Verständnis fand die Forderung von 30 Ml. wöchentlich Teuerungszulage, 500 Ml. einmalige Zulage für die städtischen Arbeiter und 1,50 Ml. pro Stunde Arbeitslohn für die Kolonialarbeiter bei der Stadtverwaltung. Im enttäuschten Ton sprach man von unerhörten Forderungen und von „Erpressung“, weil als Erledigungstermin der 1. August bestimmt wurde. In vom Kampfesgeist und tiefem Ernst besetzten Sitzungen war die Einigung ungemein schwer, und tageslang schien es, als ob die Anwendung des letzten Kampfmittels unvermeidlich sei. Da brachte eine am 1. August von 800 Personen besetzte Versammlung die Entscheidung. Der 1. Bürgermeister Herr Grieser mahnte mit eindringlichen Worten zur Ruhe und Besonnenheit und legte die Unmöglichkeit des starken Festhaltens an den Forderungen dar. Auch die Arbeitervertreter ersuchten um Bewegungskraft zur Verhandlungsgrundlage. Hierauf nahm die Versammlung den mit 391 Stimmen gefassten Streikbeschluss vom 30. Juli zurück und sprach den Vertretern das weitere Vertrauen aus. Das Resultat dieses Kampfes ist nun ab 6. August 18 Ml. wöchentliche Zulage, 500 Ml. einmalige Zulage, zahlbar in 8 Raten, 125 Ml. Witte August, 125 Ml. Witte September, 250 Ml. wenn das Reich einmalige Zulagen gewährt. Lediglich 250 Ml. bedürfen jedoch noch der Beschlussfassung des Stadtrates, deren Ergebnis noch nicht voraus bestimmt werden kann. Die Kolonialarbeiter erhalten bis zu 1,50 Ml. die Stunde, Facharbeiter 1,50 Ml. Dieser Lohn wird rückwirkend bis 28. Juni gezahlt. Der endgültige Abschluß des Tarifvertrages ist mit dieser neuerlichen Regelung nun erfolgt. Wesentliche Verbesserungen haben die städtischen Arbeiter auf verschiedenen Gebieten errungen, nun heißt es, das Errungene festzuhalten und das ganze Arbeitsverhältnis zu festigen und weiter auszubauen. Die Betriebsräte und Ausschüsse müssen ihre Aufgaben erfassen lernen und sinngemäß zur Anwendung bringen.

Auch bei den staatlichen Arbeitern hat sich reges gewerkschaftliches Leben in der Filiale Würzburg entwickelt. Für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Wein-, Obst- und Gartenbauschule Reichshöchheim wurde am 7. August ein Tarifvertrag abgeschlossen, der eine 40 prozentige Lohnhöhung vorsieht und die monatliche Teuerungszulage beibehält. Auch hier glaubte die Direktion schon im Frühjahr eingereichte Forderungen mit einer Handbewegung als unternötig abzutun. Stärker jedoch als Gedanken von Betriebsleitern und Direktoren sind die Verhältnisse. Nicht alle Wünsche haben Berücksichtigung gefunden, die Zeit muß für die Kollegen und Kollegen der Lehrmeister sein, auf dem gelegten Fundament aufbauend weitere Rechte zu erwerben.

Die Straßen- und Flußbauamtsarbeiter kämpfen ebenfalls für die Verbesserung ihrer Lage. Auch für diese Arbeiter wurden die Löhne tariflich den Verhältnissen angepasst. Den Kollegen im Straßen- und Flußbauamt ist wiederholt zugurufen, sich bis zum letzten Mann zu organisieren. Die weitverbreiteten Arbeitsstellen und die entlegenen Wohnstätten dürfen kein Hindernis für die Interessenvertretung bilden. Es mag besonders hier schwer fallen, an eine intensive Verbesserung des ganzen Arbeitsverhältnisses heranzutreten, aber es muß und wird auch hier vorwärts gehen, wenn die Kollegen selbst es ernstlich wollen.

Aus Politik und Volkswirtschaft

Genossenschaftliches.

Die Volksfürsorge, Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft (Hamburg), ist mit ihrem 6. Jahresbericht an die Öffentlichkeit getreten. Die in ihm enthaltenen Positionen tun überzeugend dar, daß ein Unternehmen, sofern es aus einem unabwägbaren Volksbedürfnis heraus entspringt und

auf gesunder Grundlage aufgebaut ist, durch nichts in seiner Entwicklung aufgehalten werden kann. Auch nicht durch einen mehr als vierjährigen Weltkrieg und durch eine das ganze Wirtschaftsleben auf- und unterwühlende Revolution.

Es bestanden:	Ende 1918	Ende 1918
1. an Versicherungen	70 125	202 098
2. mit einer Versicherungssumme von	12 912 908,—	60 251 141,—

An Einnahmen waren zu verzeichnen:	1918	1918
1. Prämien	1 080 492,—	5 178 418,—
2. Zinsströme	25 126,—	449 868,—

Es wurden gezahlt an Versicherungsleistungen	1918	1918
	866,—	819 580,—

Der Bestand der verschiedenen Reserven betrug:	1918	1918
1. eigene Reserven	1 100 591,—	1 706 189,—
2. Gewinnreserve der Versicherten	48 800,—	978 594,—
3. Prämienreserven der Versicherten	701 381,—	10 608 879,—
Ueberschüsse wurden erzielt	66 086,—	500 218,42
Das bare Vermögen betrug	1 104 914,—	11 400 760,—

Davon waren belegt in:	1918	1918
1. Hypotheken an Konsumvereine, Gewerkschaftshäuser usw.	540 000,—	5 089 604,—
2. Wertpapieren und Gemeinbedarfen	478 500,—	5 741 950,—
3. Bankegeln	72 525,—	493 845,—

Das voll eingezahlte Aktienkapital von 1 000 000 Mark darf laut Gesellschaftsvertrag nur mit höchstens 4 Proz. verzinst werden.

Gewinnanteile erhalten Aufsichtsrat und Vorstand nicht.

Alle Ueberschüsse erhalten die Versicherten 1913: von 66 086,— Ml. an die Versicherten 48 800,— Ml.
1918: 600 218,— 849 347,—

Die Differenzbeträge wurden zur Verzinsung des Aktienkapitals und zur Ausstattung der vorgeschriebenen Reserven verwandt:

1918: 18 213,— Ml.; 1918: 140 048,— Ml.

Darum: Arbeiter! Angestellte! Versichert Euch bei Eurem, von Euch selbst geschaffenen Unternehmen. Stellt ihm Euch als Werber zur Verfügung, damit es zum Segen aller Arbeitnehmer die alleinige Versicherungsanstalt des arbeitenden Volkes werde. Rechnungsstellen an allen größeren Orten.

Aus unserer Bewegung

Tarmstadt. Eine bevorstehende Arbeitsniederlegung, die in den Reihen der Gas- und Elektrizitätsarbeiter erheblichen Widerstand gewannen, ist durch eine Verhandlung, die am 15. August zwischen Bürgermeisterei und Arbeiterschaft stattfand, vorläufig erledigt worden. Stadtr. Delp gab entsprechende Zusicherungen an Berücksichtigung des Beschlusses der am Freitag, den 15. August, abgehaltenen Vollversammlung der städtischen Arbeiter, über deren Verlauf das Folgende berichtet wird: Der Vorsitzende Riß erläuterte den Werdegang der Bewegung seit letzten Sonnabend. Auf die Entschliebung, die an die Stadtverwaltung gesandt wurde, ging eine längere Antwort zu, die anerkennt, daß eine Rottlage herrscht und in schnellster Frist für Beihilfen gesorgt werden soll. Er habe einen Antrag an die Bürgermeisterei eingebracht, in dem gefordert wird, die Stadt möge den Arbeitern einen gewissen Betrag als Voranschuss gewähren. Beigeordneter Bugbaum war dem Antrag nicht abgeneigt und ersuchte, diesen Wunsch in Form eines Beschlusses von der Versammlung am Freitagnachmittag an ihn gelangen zu lassen. Er unterstützte dies und sei der Gewissheit, daß die Stadtverordnetenversammlung die Genehmigung erteilen werde. Genosse Riß begrüßte noch die Stellungnahme der Parteien in der Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag, die alle der Rottlage der städtischen Arbeiter durch Bewilligung eines feststehenden Betrages abhelfen wollen. Hierauf fand freie Aussprache statt. Als erster Redner war Beigeordneter Delp eingeladen, den aber eine radikale Gruppe nicht zu Wort kommen lassen wollte. Nach großer Mühe der Versammlungsleitung konnte nach längerem, sehr heftigen Auseinandersetzungen Delp endlich sprechen. Gauleiter Feder und Vorsitzender Riß mußten den minutenlangen Entrüstungssturm bändigen und wiesen die durchaus unangenehmsten Anschuldigungen gegen Delp mit aller Energie und Tatkraft zurück. Gen. Delp betonte, daß die Stadtverwaltung den gestellten Forderungen nicht feindselig gegenüberstehe, weshalb auch kein Grund zum Streik vorhanden sei, wenn die Forderungen anerkannt und bewilligt werden. Der Bericht

Taugvorschlag des Vorsitzenden **Röß** erweckte Sympathie. In Weimar finden die Verhandlungen mit den Bundesstaaten statt, bei denen die Teuerungszulagen für die Staatsbediensteten geregelt werden. Die Summe, die genehmigt werde, sei eine größere, als die Forderung der städtischen Arbeiter von 3 Mk. täglicher Teuerungszulage, die für die geforderte Zeit vom 1. Mai bis 1. September nur 300 Mk. ausmache. Vizeordneter Delp empfahl die Forderung eines Vorzuschlags bis zur Regelung der staatlichen Bezüge, an die sich die Städte anschließen werden. Gauleiter Becker-Mannhelm unterstützte diesen Antrag und empfahl ihn zur Annahme. Er wies dann noch in berebten Worten die Annurfe gegen Vizeordneten Delp zurück und betonte, daß gewerkschaftliche Disziplin vorhanden sein müsse. Gewerkschaftsversammlungen dürfen keine Tummelplätze zur Austragung politischer Ziele sein, ruhig und besonnen, aber doch stets kampfbereit müsse die Haltung der Arbeiterschaft sein. Eine Entschlieung folgenden Inhalts fand einstimmige Annahme: „Nach Kenntnisnahme des Berichts der Arbeitervertreter aus der am Freitagvormittag stattgehabten Sitzung mit der Bürgermeisterei unterläßen die Versammelten den Antrag Röß, eine Abschlagssumme von 300 Mk. zu fordern, deren Auszahlung am 27. August erfolgen soll. Bei der Festsetzung der staatlichen Beihilfen in Weimar, die wahrscheinlich sich höher stellen werden, so der überschüssige Betrag später ausbezahlt werden. An dem Auszahlungstermin soll unter allen Umständen festgehalten werden. — Ein Vertreter der „Heag“ bat Vizeordneten Delp, dahin wirken zu wollen, daß der Versammlungsbeschluß der Direktion der „Heag“ ebenfalls unterbreitet wird, damit die Arbeiterschaft dieses Betriebes auf den Lohn der städtischen Arbeiter kommt. Genosse Delp sagte dies zu und ersuchte die Verhandlung, die Resolution der Direktion der „Heag“ zu unterbreiten. Der Vorsitzende schloß mit dem Ausdruck der Befriedigung die anfangs äußerst stürmische, aber zum Schluß doch in gute Bahnen gekentte Versammlung.

Dessau. In der Monatsversammlung vom 19. August gab Kollege Vertram den Bericht über die am 16. August mit dem Stadtbaumeister und dem Arbeiterausschuß gepflogenen Verhandlungen. Es wurde seitens der Versammlung angerufen, gegen den Garteninspektor Schröder bei weiterer schematischer Uebertretung gesetzlicher Vorschriften betreffs Ueberzäunungsmaßens, Straf Antrag zu stellen. Soll es doch vor kommen, daß einzelne Kollegen 14 Stunden in 14 Tagen arbeiten. Kollege Briel gab hierauf den Kartellbericht. Anschließend hielt Kollege Reiter in Magdeburg ein Referat über den Nürberger Gewerkschaftskongreß. Seine Ausführungen wurden mit hartem Beifall aufgenommen. Aus Anlaß des jährigen Bestehens der Filiale soll am 16. Oktober ein Stiftungsfest veranstaltet werden. Verschiedene Vorschläge wurden dem Arbeiterausschuß unterbreitet. Der Kartellbericht soll bald mit dem Kartellrat in Verbindung setzen zwecks Regelung der Pensionierung städtischer Arbeiter. Mit der Aufforderung, nur durch einseitiges und sachliches Zusammenarbeiten, trotz aller Parteinteressen für den Verband zu wirken, wurde die gut verkaufte Versammlung geschlossen.

Dortmund. In der gutbesuchten Filialversammlung stand die Quartalsabrechnung zur Tagesordnung. Die Kasienverhältnisse haben sich sehr gebessert, was auf den stotigen Aufstieg der Filiale zurückzuführen ist. Die Mitgliederzahl betrug am 1. Januar 1919 403 buchmäßige. Am 30. Juni dagegen 1296, also im Laufe von 6 Monaten hat sich die Mitgliederzahl verdreifacht, die zahlenden Mitglieder betragen die städtische Zahl von 1073. Die Gesamteinnahme betrug 11 319,96 Mk. Die Gesamtausgaben betragen für die Kassa 2882,15 Mk. Die Ausgabe für die Hauptkasse für Kranken-, Sterbe- und Arbeitslosenunterstützung 89 Mk., als Zuschuß für außerordentliche Agitationskosten 500 Mk., zusammen 689 Mk. An den Hauptvorstand wurden 5495,91 Mk. abgeliefert. Der jetzige Kassafestbestand ist von 406,27 Mk. auf 2352,99 Mk. gestiegen. Ferner wurde die Abrechnung des Sommerfestes bekanntgegeben. Als Kandidat zum Verbandstag wurde Kollege Röhling vorgeschlagen. Dem Kartellbericht war zu entnehmen die Eröffnung der Gewerkschaftsbibliothek an die Stadt Dortmund. Es soll diesfalls vom Kartell ein Kollege in die städtische Bibliothekkommission entsandt werden. Ferner werden mehrere Lesebibliotheken eröffnet, damit jedem Gelegenheit geboten wird, die Bibliothek fleißig zu benutzen. Weiter soll strenge Kontrolle ausgeübt werden und alle diejenigen Arbeitnehmer und Arbeitgeber zur Anzeige gebracht werden, die den Achtstundentag

missachten und dadurch andere Arbeiter bei der sehr herrschenden Arbeitslosigkeit um ihr Brot bringen. Dabei wurde bemerkt, daß Beschwerde eingegangen sei, daß etliche städtische Arbeiter nach ihrer wirklichen Arbeitszeit noch auf einer anderen Arbeitsstelle Arbeit verrichten. In der Diskussion wurde scharfe Kritik am Verhalten dieser Kollegen geübt und die Anwesenden aufgefordert, jeden Kollegen, der den Achtstundentag mißbraucht, bei der Ortsverwaltung namhaft zu machen. Der Bericht über die Tätigkeit der Statutenberatungskommission wurde gutgeheißen.

◆ Rundschau ◆

Ein Wort über die Konsumvereine. Bei der leidenschaftlichen, mit der weite Kreise der Arbeiterschaft eine möglichst gründliche Umgestaltung der bisher gewohnten Wirtschaftsformen fordern, ist es nicht weiter auffällig, daß nicht einmal die einfachsten Vorklagen ausreichende Beantwortung erfahren. Vollsozialisierung, und zwar auf dem schnellsten Wege! Schön, aber die Frage muß erlaubt sein: „Wie sieht es mit den Erfahrungen in wirtschaftlichen Dingen bei den vortugewaltigen Sozialisierern?“ Mit dem guten Willen oder dem guten Willen ist den Dingen im Wirtschaftsleben niemals beizukommen. Nur ein altes Können ist weniger Erfolg für wirkliche Fähigkeit als Sägebläne für Weizenmehl. Man kann auch sagen, daß im Wirtschaftsleben, will man es lenken, leiten, beeinflussen, das Mundstücken eine mindestens erfolglose Tätigkeit ist, es muß eben wirklich gepflügt werden. Gerade zu diesem Thema, vielleicht dem wichtigsten der Gegenwart, schreibt der österreichische Sozialist Franz Neuner, nachdem er zunächst die wirtschaftliche Seite der Genossenschaftsbewegung gewürdigt hat: „Die andere Seite ist die erzieherische und vorbildliche Funktion. Durch sie lernt die Arbeiterklasse die Leitung und Führung der Produktion mit eigenen, das ist sozialistischen Methoden. Und so reißt der ökonomische Massenlauf noch im Schoß der kapitalistischen Welt die Vorbedingungen für die sozialistische. Eine Arbeiterklasse, die durch diese Schule nicht hindurchgegangen und diese Institution (Genossenschaften) nicht geschaffen hat, ist gar nicht imstande, wenn ihr ein Zufall die Herrschaft in der Gesellschaft zubringt, diese auch zu führen und zu beherrschen.“

Wer das liest, sich dann aber ferner noch ängstlich um das Kennenlernen wirtschaftslehrender Dinge herumdrückt, indem er vor lauter Gedanklosigkeit die Konsumvereine als vielleicht netze, aber doch erhebliche Einrichtungen ansieht, mag Manologie reden, Zuhörer sollten ihre loyale Zeit anderen Dingen widmen.

Unser Verbandsblatt „Die Gewerkschaft“. Durch vereinte Kraft hat der Mensch die Kultur errungen, die er besitzt, und nur durch vereinte Kraft ist auch möglich weiterer Aufstieg. Das wissen wir, und darum haben wir uns ja verbunden mit unserem gewerkschaftlichen Verbände, um in gemeinsamer Kraft zu erringen das Ziel unseres wirtschaftlichen Strebens. Dieses wirtschaftliche Ziel ist zugleich ein Ziel edelsten Gehaltes, voll höchster geistig-seelischer Werte, die das Herz erbauen und mit heiligem Sehnen erfüllen, und darum ist uns auch unser Verband ein unser ganzes Herz erfüllender, herzerfreuender Lebenswert. Zum Glück gehört uns auch die Organisation, wir sind so durchdrungen von der Ueberzeugung ihres Wertes, daß es uns ein Lebensbedürfnis ist, ihr anzugehören. Unsere ganze Seele legen wir hinein in unseren Organisationsgedanken, so daß die ganze gewerkschaftliche Bewegung wird zu einer großen, drängenden sozialen Gesamtgewalt. Und ihren Ausdruck findet dieses Erleben all der Widerhergen in unserem gewerkschaftlichen Verbandsblatt. Es ist der Niederschlag all dessen, das sich regte für unser Ziel, das das Hirn erdachte bei all unseren Schwestern und Brüdern, das ihr Herz erfüllte. Wer darum seinen Verband liebt und glücklich ist in dieser Kampfgemeinschaft, der hängt auch notwendigerweise innig an seinem Verbandsorgan. Schwestern und Brüder sind es, die da zu ihm sprechen. Sie haben zu Hause gelassen, was an menschlichen Schwächen und Fehlern in einem jeden steckt, und ihr Bestes hingegen ihrem Blatte. Und dieser geistig-seelische Sauch, der damit von dem Blatte ausgeht, dringt ein in das Fühlen und Denken seiner Leser und erweckt in allen ein großes gemeinsames gleiches Erleben. Darum ist das der erhabende Kulturwert unseres Verbandsblattes, daß es nicht nur gelesen, sondern mit warmem Herzen auch gefühlt wird.

250 000

**Zweihundertfünfzigtausend
Blätter in Arbeitshand
sind wie ein Strom, der brausend
den Weg sich bahnt ins Land.**

**Er scheut nicht Fels noch Dünen,
in ihm ist Wille und Tat.
An seinen Ufern grünen
die Salme junger Saat.**

**Der Saat, daraus die Ernte
der neuen Zukunft fällt.
Das Ziel, das weit entfernt,
wird Grundgesetz der Welt!**

**Zweihundertfünfzigtausend!
Ein Heer zur Geisteschlacht,
daraus wie Sturmwind brausend
der Arbeit Lied erwacht.**

**Zu Tausend Millionen
„Gewerkschaft“ geht ins Land.
Wdruf den Bataillonen!
Der Einheit festes Band!**

Kurt Jäger.

und darum haben wir uns ja verbunden mit unserem gewerkschaftlichen Verbände, um in gemeinsamer Kraft zu erringen das Ziel unseres wirtschaftlichen Strebens. Dieses wirtschaftliche Ziel ist zugleich ein Ziel edelsten Gehaltes, voll höchster geistig-seelischer Werte, die das Herz erbauen und mit heiligem Sehnen erfüllen, und darum ist uns auch unser Verband ein unser ganzes Herz erfüllender, herzerfreuender Lebenswert. Zum Glück gehört uns auch die Organisation, wir sind so durchdrungen von der Ueberzeugung ihres Wertes, daß es uns ein Lebensbedürfnis ist, ihr anzugehören. Unsere ganze Seele legen wir hinein in unseren Organisationsgedanken, so daß die ganze gewerkschaftliche Bewegung wird zu einer großen, drängenden sozialen Gesamtgewalt. Und ihren Ausdruck findet dieses Erleben all der Widerhergen in unserem gewerkschaftlichen Verbandsblatt. Es ist der Niederschlag all dessen, das sich regte für unser Ziel, das das Hirn erdachte bei all unseren Schwestern und Brüdern, das ihr Herz erfüllte. Wer darum seinen Verband liebt und glücklich ist in dieser Kampfgemeinschaft, der hängt auch notwendigerweise innig an seinem Verbandsorgan. Schwestern und Brüder sind es, die da zu ihm sprechen. Sie haben zu Hause gelassen, was an menschlichen Schwächen und Fehlern in einem jeden steckt, und ihr Bestes hingegen ihrem Blatte. Und dieser geistig-seelische Sauch, der damit von dem Blatte ausgeht, dringt ein in das Fühlen und Denken seiner Leser und erweckt in allen ein großes gemeinsames gleiches Erleben. Darum ist das der erhabende Kulturwert unseres Verbandsblattes, daß es nicht nur gelesen, sondern mit warmem Herzen auch gefühlt wird.